

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltere Postzeit oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 87.

Montag, den 15. April 1918.

25. Jahrg.

Folkethingwahlen in Dänemark.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben:

Die am 5. Juni 1915 beschlossene neue dänische Verfassung soll nun endlich am 19. April in Kraft treten, und drei Tage später werden die Neuwahlen zum Folkething stattfinden, denen dann wiederum 14 Tage später die Landstingwahlen folgen. Da der Schwerpunkt der dänischen Gesetzgebung in der Zweiten Kammer, dem Folkething, liegt, dessen Zusammensetzung auch maßgebend für die Bildung der Regierung ist, nehmen natürlich die Wahlen zu dieser Körperschaft das weitaus größere Interesse in Anspruch, und demgemäß gestaltet sich auch der Wahlkampf heftiger und intensiver als der, welcher den Wahlen zur Ersten Kammer vorangeht. Das am 19. März aufgelöste Folkething wurde im Mai 1913 gewählt, hat also infolge des Kriegsausbruchs fast zwei volle Jahre der ihm ursprünglich gesteckte Legislatur überdauert. Während in den beiden anderen skandinavischen Ländern wiederholt politische Wahlen stattfanden, hat man es in Dänemark infolge der unsicheren außerpolitischen Situation vorgezogen, zweimal die Mandate der Abgeordneten um je ein Jahr zu verlängern, weil man befürchtete, daß in der Wahlbewegung Dinge geschehen könnten, die mit der von Regierung und Parlament erklärten und befolgten unbedingten Neutralität nicht in Einklang zu bringen seien. Daß man jetzt, trotzdem sich die außerpolitische Situation noch nicht gebessert hat, dennoch zur Wahl schreitet, geschieht einestheils in der festen Ueberzeugung, daß sich die kriegsführenden Mächte von dem unbedingten Neutralitätswillen der großen Mehrzahl des dänischen Volkes überzeugt haben, andererseits aber machen auch die innerpolitischen Verhältnisse die Neuwahlen zu einer unabwendbaren Notwendigkeit.

Das verflozene Folkething, das letzte unter der alten Verfassung, in dem die bürgerlich radikalen und Sozialdemokraten zum ersten Male in der dänischen parlamentarischen Geschichte die Majorität besaßen, hat im großen und ganzen gute Arbeit geleistet! Vor allen Dingen hat es die neue demokratische Verfassung geschaffen, die politische Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern herbeigeführt und so Dänemark zu einem der freiesten demokratischen Staaten gemacht. Hinzu kommt noch die Strafprozessreform, die allerdings erst im nächsten Jahre in Kraft treten wird und dann der bisherigen geradezu mittelalterlichen Rechtspflege ein Ende macht, dann die große Schulreform, wodurch es auch den Kindern der ärmsten Leute möglich gemacht wird, unentgeltlich und mit Unterstützung des Staates die höchsten Lehranstalten zu besuchen. Das durch den deutschen Kanzler Bethmann Hollweg geprägte Wort: „Dem Lächeln gen freie Bahn!“, ist durch die Schulreform in Dänemark zur Wirklichkeit geworden. Der Sozialgesetzgebung ist durch das neue Unfallversicherungsgesetz der Schlüsselstein eingesetzt worden, daneben haben das Krankenkassengesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz eine Erneuerung und Verbesserung erfahren. Die Provinzialräte sind im Geiste der neuen Verfassung demokratisiert und die Selbstverwaltung der Gemeinden ist auf eine breitere Basis gestellt worden. Das Verkehrswesen wurde durch neue Staats- und Privatbahnen, die zum Teil fertig, teils noch im Bau begriffen sind, gehoben — kurz, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens merkt man, daß in den letzten fünf Jahren ein neuer Geist in „das alte Dänemark“ eingezogen ist, daß neue, frische Kräfte das Staatsruder führen und daß auf den Ruinen einer alten zusammenbrechenden Gesellschaft ein neues, gerechteres System im Entstehen begriffen ist. Aus jedem Gesetz, aus jeder Verordnung schaut ein neuzeitiger Geist, der Geist des Sozialismus, hervor und übt seine für die Armen und Vermögenden wohltätige Wirkung.

Ganz besonders aber kann das gesagt werden von den Gesetzen und Verordnungen, die sich durch die Kriegssituation notwendig machten. Vor allen Dingen war das Bestreben der Regierung und Folkethingmehrheit darauf gerichtet, das Land den Kriegswirren fernzuhalten und eine positive gleichmäßige Neutralität nach allen Seiten hin zu beobachten. Dann galt es, das Volksleben im Innern aufrechtzuerhalten und zu sichern. Die Härten des Krieges haben nicht zum wenigsten die kleinen neutralen Staaten zu spüren bekommen; deswegen war es notwendig, die Produktion von Nahrungsmitteln zu organisieren, damit die Ernährung des Volkes nicht in Schwierigkeiten geriet. Unter dem hartnäckigsten Widerstand der „liberalen“ Bauern und nur durch tiefe Griffe in die Staatskasse wurden Einrichtungen getroffen, die zu dem Ziele führten, daß man noch heute in Dänemark am reichlichsten und billigsten leben kann. Den Folgeerscheinungen des Krieges, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw., wurde durch entsprechende Maßregeln abgeholfen; Hunderte von Millionen Kronen aus der Staatskasse wurden verwendet, um die Lebensmittelpreise auf einer auch für die Armen erschwinglichen Höhe zu halten; andere Hunderte von Millionen wurden bewilligt, um die

Kaufkraft der ökonomisch schlecht gestellten Teile der Bevölkerung zu erhöhen; den kleinen Erwerbtreibenden, wie Rättern, Handwerkern, Händlern usw., wurden Darlehen aus der Staatskasse bewilligt, den Arbeitslosen außerordentliche Unterstützungen von Staat und Kommunen gezahlt, und die unteren und mittleren Beamten erhielten beträchtliche Teuerungszulagen. Alle diese Ausgaben wurden bestritten, ohne daß den Minderbemittelten höhere Steuern auferlegt wurden, dagegen aber mußten die großen Einkommen und Vermögen, die Kriegsgewinnler, Börsejobber, Aktiengesellschaften, Reedereien, Banken usw. tief in ihre Beutel greifen. Sie mußten es tun, wenn auch unter Jähmehrnissen und Murren gegen die „verdammte sozialistische Regierung“, wie man in diesen Kreisen allgemein das bürgerlich-radikale Ministerium zu bezeichnen pflegt.

Daß eine derartig volksfreundliche Politik den Haß aller reaktionären Elemente hervorruft, daß sich Großkapital und Agrarier zum Kampfe gegen eine solche Regierung zusammenfindet, liegt klar auf der Hand. Alle Mittel, jeder Vorwand, selbst private Handlungen einzelner Männer wurden benutzt, um der Regierung an den Krügen zu fahnen. Man schaute sogar davor nicht zurück, sie bei den Ententeregierungen zu denunzieren, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch das Land in kriegerische Verwicklungen gestürzt werden konnte. Oft, sehr oft, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wurde zum Sturm gegen die Regierung angezettelt, trotzdem man sich jedesmal dabei blutige Köpfe holte. Alle Anstürme scheiterten an der festgeschlossenen Majorität im Folkething. Als die Verordnung über die Brot- und Fleischversorgung des Volkes kam, fühlten sich die „liberalen“ Bauern benachteiligt und versuchten einen Regierungssturz; als die Regierung einige der wütendsten Kriegshetzer bei den Ohren nahm und sie vor den Radikalschleppe, schrieb die ganze reaktionäre Bande wie aus einem Hals, jammerte um die „bedrohte Pressefreiheit“ und forderte den Abgang der Regierung. Als sich der oberste General den Anordnungen der Regierung nicht fügte und deswegen gehen mußte, stürmten die Militäristen — und so ging es fort. Ein Sturm löste den anderen ab, aber Regierung und Folkethingmehrheit ließ das alles unberührt. Das radikale Ministerium zeigte sich im Laufe der Jahre nicht nur als klug und weitsichtig, es war auch stark — stark durch seine parlamentarische Basis. Das zeigte sich so recht bei der Bewegung, die wegen des Verkaufes der drei kleinen westindischen Inseln an Amerika inszeniert wurde. Alles wurde damals aufgeboten, um die Regierung zu stürzen. Der König wurde aufgefordert, gegen sein Ministerium Stellung zu nehmen, die Kirche machte mobil, die unzufriedenen Agrarier — alles vereinigte sich gegen die verhasste Regierung. Aber eine allgemeine Volksabstimmung brachte die wildgewordenen Geister wieder zur Ruhe, das Volk stimmte mit der Regierung und die Inseln wurden verkauft. Wie klug das war, zeigte sich erst, nachdem Amerika selbst in den Weltkrieg mit eingriff. Aber alle diese Enttäuschungen entmutigten die fanatischen Ministerstürmer nicht, im Gegenteil, sie gingen erst recht frisch darauf los, als der Genosse Stauning neben einem Liberalen und Konservativen als sog. Kontrollminister in die Regierung eintrat. Die Bemühungen des Genossen Stauning um die Herbeiführung eines allgemeinen Weltfriedens, seine Arbeit um das Zustandekommen des Stockholmer Kongresses wurden in handsgemeiner

Weise verdächtigt und er als verkappter Agent der deutschen Regierung bezeichnet, was übrigens auch der Genosse Borghjerg über sich ergehen lassen mußte, als er im Frühjahr des vorigen Jahres nach Rußland reiste. Man forderte Staunings Rücktritt, aber Stauning sieht noch heute in der Regierung, während die beiden anderen Kontrollminister gegangen sind, und zwar, wie sie sagen, um sich freie Hände im Wahlkampfe zu bewahren!

Was das bedeuten soll, ist nicht schwer zu erraten. Der „Liberalen“ Christensen und der Konservativen Röttböll wollen in der Wahlbewegung die Anführer sein im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und die Radikalen. Sie wollen nicht gebunden sein durch Rücksichten auf die Regierung, der sie eine Zeitlang, höchst widerwillig übrigens, angehörten. Der Wahlkampf ist jetzt in vollem Gange und selbstverständlich wird er unter den schwallenden Umständen um so heftiger, je näher der Wahltermin heranrückt. Aus der Stimmung, die in den bisherigen großen Wählerversammlungen zutage trat, darf man schließen, daß die Mehrzahl des Volkes treu zu den Parteien steht, die die Regierung bisher unterstützt haben, wie große Mäße sich auch die Gegner geben, welche Mittel sie auch anwenden, um die Wähler zu „befehren“. Allerdings kann daraus kein festerer Schluß über den Ausfall der Wahlen hergeleitet werden, um so weniger, als die Wahlen unter ganz anderen Verhältnissen als früher vor sich gehen und auch die Frauen diesmal, und zwar zum ersten Male, an der Wahlurne erscheinen werden. Dadurch verdoppelt sich die Zahl der Wähler, und bei der noch teilweise mangelnden allgemeinen Aufklärung, besonders der Frauen auf dem Lande, die sich noch vielfach beim Dorfpfarrer Rat auch in dieser Angelegenheit holen, können Ueberraschungen nicht ganz von der Hand gewiesen werden.

In den Kreisen unserer Partei ist allerdings die Hoffnung, daß die bisherige Mehrheit im Folkething erhalten bleibt, vorherrschend. Der kürzlich tagende Parteikongreß befaßte sich ausschließlich mit den bevorstehenden Wahlen und beschloß, zur Bewahrung der bisherigen demokratischen Majorität und damit der gegenwärtigen Regierung mit den Radikalen ein Wahlbündnis zur gegenseitigen Unterstützung einzugehen. Dasselbe haben natürlich auch die Radikalen beschlossen, und beide Parteien werden infolgedessen bei den Wahlen gemeinsam auftreten und, um die Stimmenzersplitterung zu vermeiden, auch die Kandidatenfrage dementsprechend regeln. Nur in Kopenhagen, wo das Proportionalwahlssystem gilt, treten beide Parteien mit selbständigen Listen auf. Dieser Wahlkompromiß wird von den beiden anderen Parteien, den Liberalen und Konservativen, zwar scharf kritisiert, angeblich soll er gegen den Geist der neuen Verfassung verstoßen; aber ausgeschlossen ist es deswegen doch noch nicht, daß sich die Gegner der Regierung schließlich auch zusammenfinden und gemeinsam vorgehen. Die sprichwörtlich gewordene Uneinigkeit innerhalb der konservativen Partei steht dem allerdings, wenigstens vorläufig, hindernd im Wege, aber der gemeinsame Haß gegen die Regierung und vor allem gegen die Sozialdemokratie wird sie wohl noch zusammenführen.

Jedenfalls darf man auch in Deutschland gespannt sein auf den Ausfall der Wahlen, der hoffentlich sich so gestaltet, daß Dänemark seine bisherige Neutralität nach allen Seiten hin auch in Zukunft zu wahren instand sein wird.

Der geheimnisvolle Brief.

Rücktritt Czernins.

Nachdem der österreichische dem deutschen Kaiser telegraphisch seine Enttötung über Clemenceaus Behauptung ausgesprochen, er hätte durch Anerkennung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen Verrat an seinem deutschen Verbündeten geübt, hat Kaiser Wilhelm bekanntlich nach Wien telegraphiert, es hätte der Versicherung der Bundes-treue nicht bedurft. Er sei „keinen Augenblick im Zweifel gewesen“, daß Karl die Bündnistreue halten werde.

Das sind persönliche Telegramme, die gleichzeitig hohe politische Bedeutung haben. In wie hohem Maße jede persönliche Rundgebung eines Monarchen weitgehende politische Folgen haben kann, tritt gerade an dem Fall in hellstes Licht, der den Anlaß zu diesen Telegrammen gab. Die Mitteilung Clemenceaus über die angebliche Aeußerung Kaiser Karls ist als Lüge bezeichnet worden. Darauf läßt der französische Ministerpräsident durch Savas folgende amtliche Erklärung veröffentlichen:

In dem Lügengebäude muß haltgemacht werden. Da Kaiser Karl unter dem Auge von Berlin die kaiserlichen Aeußerungen des Grafen Czernin auf seine Rechnung nimmt, so legt er der französischen Regierung die Verpflichtung auf, den Beweis zu erbringen. Folgendes ist der

Wortlaut des handschriftlichen Briefes,

welcher am 31. März 1917 vom Prinzen Sixt von Bourbon, dem Schwager des Kaisers von Oesterreich, Herrn Poincaré, dem Präsidenten der Republik, und mit Zustimmung des

Prinzen sofort dem französischen Ministerpräsidenten mitgeteilt wurde:

Mein lieber Sixt!

Das Ende des dritten Jahres dieses Krieges, der so viel Trauer und Schmerz in die Welt gebracht hat, nähert sich. Alle Stämme meines Reiches sind enger als jemals geeint in dem gemeinsamen Willen, die Unversehrtheit der Monarchie auch um den Preis schwerster Opfer zu wahren. Dank ihrer Einigkeit und dem großmütigen Zusammenwirken aller Nationalitäten meines Reiches hat die Monarchie seit fast drei Jahren den schwersten Stürmen standhalten können. Niemand wird die militärischen Vorteile bestreiten können, die meine Truppen, besonders auf dem Balkankriegsschauplatz, davongetragen haben.

Frankreich leinereits hat eine Widerstandskraft und einen prächtigen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die staunenswerte traditionelle Tapferkeit seiner Armeen und den Opfermut des gesamten französischen Volkes. Ebenso ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obwohl mir augensichtlich Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit der Ansichten oder Ansprüche mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, hoffen zu können, daß

meine lebhaften Sympathien für Frankreich

in Verbindung mit denjenigen, die in der ganzen Monarchie herrschen, ganz und gar auf immer die Rückkehr des Kriegszustandes verhindern werden, für welchen keine Verantwortlichkeit auf mir ruht.

In Anbetracht dessen und, um diesen Empfindungen einen bestimmten Ausdruck zu geben, bitte ich Dich geheim und

nichtamtlich Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik mitzuteilen, daß ich mit allen Mitteln und unter Aufwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbindungen die

gerechten Ansprüche Frankreichs auf Elsass-Lothringen unterstützen werde.

Was Belgien betrifft, so muß seine Souveränität wiederhergestellt werden unter Wahrung seines gesamten ökonomischen Bestandes unbeschadet der Entschädigungen, die es für die erlittenen Verluste zu bekommen können. Serbien wird in seiner Unabhängigkeit wiederhergestellt werden, und als Unterpfand unseres guten Willens sind wir bereit, ihm einen billigen und natürlichen Zugang zum Adriatischen Meere zu gewährleisten, wie auch weitgehende wirtschaftliche Zugeständnisse zu machen. Oesterreich-Ungarn seinerseits muß als unerlässliche und Grundbedingung verlangen, daß das Königreich Serbien in Zukunft jede Beziehung abbricht und jede Gemeinschaft unterdrückt mit einer Gruppe, deren politisches Ziel sich auf die Zerschmetterung der Monarchie richtet, besonders mit der Narodna Obrana, welche es in sozialer Weise und mit allen Mitteln seiner Macht von jeder politischen Apikation innerhalb und außerhalb der Grenzen Serbiens nach dieser Richtung abhalten und dafür ihm unter Garantie der Mächte der Entente eine Sicherheit bieten muß.

Die Ereignisse, die sich in Rußland zugetragen haben, nötigen mich, mit meinen Gedanken über diesen Gegenstand bis zu dem Tage, wo eine gesetzliche und endgültige Regierung dort wieder eingesetzt sein wird, zurückzuhalten. Nachdem ich Dir also meine Gedanken auseinandergesetzt habe, bitte ich Dich Deinerseits, nachdem Du mit diesen beiden Mächten unterhandelt hast, die Meinung, in erster Linie diejenige Frankreichs und Englands in dieser Hinsicht mir zu erklären, um so das Terrain für eine Verständigung vorzubereiten, auf Grundlage deren amtliche Vorbereitungen eingesetzt und zu einem befriedigenden Ergebnis geführt werden können.

Indem wir alle hoffen, daß wir auf diese Weise beiderseits den Leiden so vieler Millionen Menschen und so vieler Familien in Traurigkeit und Angst ein Ziel setzen können, bitte ich Dich, an meine höchstaufrichtige und brüderliche Zuneigung zu glauben.

(Gezeichnet) Karl.

Nachdem Graf Czernin in seiner Rede vom 8. April das Vorhandensein dieser Unterhandlung infolge der Initiative einer im Rang weit über ihm stehenden Persönlichkeit anerkannt hat, wird die österreichische Regierung eingeladen, sich über den von ihr zugelandenen Verlust und über die Einzelheiten der Besprechungen einer Delegation zu äußern.

Die amtliche Antwort der österreichischen Regierung hierauf lautet nach einem Wolfftelegraphen aus Wien:

Der von dem französischen Ministerpräsidenten in einem Communiqué vom 12. April 1918 veröffentlichte Brief Seiner I. u. I. apostolischen Majestät ist verfaßt. Vor allem sei erklärt, daß unter der „im Range über dem Minister des Äußeren stehenden Persönlichkeit“, welche, wie in der amtlichen Verlautbarung vom 7. März zugegeben wurde, im Frühjahr 1917 die Friedensbemühungen unternommen hat, nicht die I. u. I. apostolische Majestät, sondern Prinz Sixtus von Bourbon verstanden werden mußte und verstanden wurde, da Prinz Sixtus im Frühjahr 1917 sich mit der Herbeiführung einer Annäherung der Kriegführenden befaßt hat. Zu dem von Clemenceau veröffentlichten Briefe sei erklärt, daß die I. u. I. Ministerium des Äußeren über allerhöchsten Befehl, daß seine I. u. I. apostolische Majestät seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Bourbon im Frühjahr 1917 einen rein persönlichen Privatbrief geschrieben hat, der keinen Auftrag an den Prinzen enthält, eine Vermittlung bei dem Präsidenten der französischen Republik oder sonstwie einzusetzen und die ihm gemachten Mitteilungen weiterzugeben, sowie Gegenerklärungen zu veranlassen und entgegenzunehmen. Dieser Brief erwähnte die belgische Frage überhaupt nicht und enthielt bezüglich Elsass-Lothringens folgende Stelle:

„Ich hätte meinen ganzen persönlichen Einfluß zugunsten der französischen Rückforderungsansprüche bezüglich Elsass-Lothringens eingesetzt, wenn diese Ansprüche gerecht wären. Sie sind es jedoch nicht.“

Der im Communiqué des französischen Ministerpräsidenten erwähnte zweite Brief des Kaisers, in dem Seine I. u. I. apostolische Majestät erklärt haben soll, daß er „mit seinem Minister einig“ sei, erwähnte das französische Communiqué besprechend nicht.

Zwischen ist auch die französische Antwort hierauf eingegangen. Am 11. wird in Paris folgendes veröffentlicht:

Es gibt Leute, deren Gewissen verdorben ist. Kaiser Karl verfallt, in der Unmöglichkeit, ein Mittel zu finden, sein Gesicht zu wahren, darauf, zu schwören, wie ein Irrenmaler. Jetzt ist er gezwungen, seinen Schwager fälschlich zu beschuldigen, indem er eigenhändig einen lächerlichen Text formuliert. Das Original-Dokument, dessen Text die französische Regierung veröffentlicht hat, wurde in Gegenwart Jules Cambon, des Generallektors des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten, der vom Ministerium entsandt war, dem Präsidenten der Regierung überreicht, der eine Kopie desselben mit Genehmigung des Prinzen dem Ministerpräsidenten überreicht hat. Mit ihm hat sich der Prinz darauf in Ausdrücken unterhalten, die keinen Sinn gehabt hätten, wenn der Text nicht der wäre, wie er von der französischen Regierung veröffentlicht worden ist. Es ist nicht ganz klar, daß seine Besprechungen hätten beginnen können und daß der Präsident der Republik den Prinzen ein zweites Mal gar nicht empfangen hätte, wenn auf Veranlassung Österreichs der Prinz einen Brief in der Hand hätte, der andere Rechte behauptet, anstatt zu bekämpfen. Der Brief Kaiser Karls, so wie wir ihn zitieren haben, ist von Prinz Sixtus persönlich dem Staatssekretär gezeigt worden. Verbleiben können zwei Freunde des Prinzen die Rückgabe des Briefes, besonders derjenige, der den Brief des Prinzen zur Abschrift erhalten hat.

Darauf antwortet nun Wien wieder amtlich folgendes:

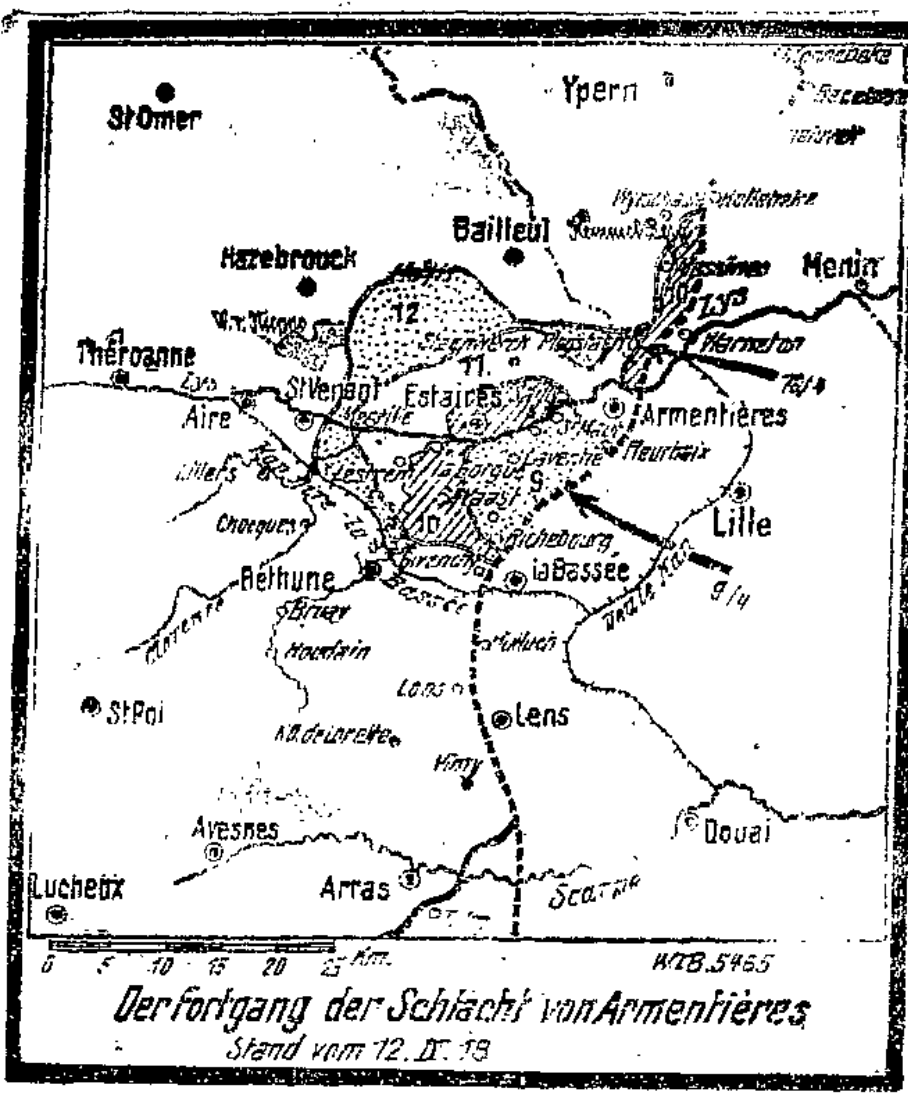
Die letzten Ausführungen Herrn Clemenceaus ändern nichts an der Richtigkeit der bisherigen amtlichen Erklärung des I. u. I. Ministeriums des Äußeren. Prinz Sixtus von Bourbon, dessen Name die I. u. I. apostolischen Majestät bekannter Charakter eine Fälschung ausschließt, wird derselben ebenfalls beschuldigt, wie irgendeine andere spezielle Persönlichkeit, da vom I. u. I. Ministerium des Äußeren nicht festgestellt werden kann, ob die Unterzeichnung des falschen Briefes erfolgt ist. Hiermit wird die Angelegenheit als beendet erklärt.

Und Kaiser Karl hat an Wilhelm II. folgende Depesche geschickt:

Die Anschuldigungen Herrn Clemenceaus gegen mich sind so niedrig, daß ich nicht gewarnt bin, mit Frankreich über die Sache weiter zu diskutieren. Unsere weitere Antwort sind meine Reden im Reichstag.

In treuer Freundschaft Karl.

Von einer Klärung der Sachlage kann auch nach diesem Satz und seiner keine Rede sein, trotzdem es doch im allgemeinen Interesse gelegen hätte, wenn sie erfolgt wäre. Der belgische Amerikanerverband fragt sich: Wie ist es möglich, daß der Inhalt dieses rein persönlichen Privatbriefes ohne Auftrag des Präsidenten Poincaré mitgeteilt und wie dieser Brief einen so ganz veränderten Charakter bekommen konnte. Das ist in der Tat dunkel wie dunkel.



Neben dieser Angelegenheit läuft noch die Geschichte von einem anderen Briefe, von dem Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ erzählt: „Für die Einbringung der Verzichtsresolution (des Deutschen Reichstages, Red.) und für ihre Annahme ist ein Brief Czernin maßgebend gewesen, den Graf Czernin an Kaiser Karl gerichtet hat. Graf Czernin erklärte in diesem Briefe, Oesterreich wolle und müsse unter allen Umständen bis zum Winter 1917 Frieden haben.“

Der Abgeordnete Erzberger hat diesen Brief in der Fraktion und im Reichsausschuß der Zentrumspartei zur Verlesung gebracht mit dem Bemerkten, er sei dazu von autoritativer Seite ausdrücklich ermächtigt worden. Daß diese „autoritative Seite“ nicht in Berlin zu suchen war, braucht nicht betont zu werden. Graf Czernin begab. Wer suchte sich den Abgeordneten Erzberger mit genialer Intuition aus, um das Wiener Kriegsjournal in Berlin durchzuschauen.

Hierzu bemerkt eine Wolff-Meldung aus Berlin:

Gegenüber der in der Abendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ vom 18. April aufgestellten Behauptung, Graf Czernin hätte dem Abg. Erzberger einen an Kaiser Karl gerichteten Brief eingehändigt, ist die österreichisch-ungarische Botschaft ermächtigt, zu erklären, daß Graf Czernin dem genannten Abgeordneten niemals irgendein Schriftstück übergab.

Vielleicht wird sich nun der Graf Reventlow hierzu noch äußern. Geschieht das nicht, dann muß man annehmen, daß er — auf gut Deutsch gesagt — gesunkert hat, um der Reichstagsmehrheit und den ihm verhafteten Grafen Czernin eins auszuwichen.

In diese dunkle Situation plagt nun die Meldung von dem

Küßtritt des Grafen Czernin

hinein. Das Wiener I. u. I. Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet:

Der Minister des I. u. I. Hauses und des Äußeren hat heute seiner I. u. I. apostolischen Majestät seine Demission unterbreitet. Seine Majestät geruhte, dieselbe allgnädigst anzunehmen und Graf Czernin bis zur Ernennung eines Nachfolgers mit der Fortführung der Geschäfte zu betrauen.

Schon vor einigen Tagen zirkulierte das Gerücht, daß Czernin zurücktreten werde. Nachdem aber der Zwischenfall Clemenceau-Czernin kam, mußte man annehmen, daß Czernin schon des äußeren Eindrucks wegen bleiben würde. Daß er trotzdem geht und daß sein Gesicht vom Kaiser angenommen ist, läßt darauf schließen, daß manches faul ist im Staate Oesterreich.

Wir sind mit manchem, was Czernin unternommen hat, natürlich nicht einverstanden. Immerhin aber sehen wir den Mann mit einem gewissen Behauern scheiden. Durch manche seiner Reden, deren Offenheit und Befundung zur Friedensbereitschaft angenehm berührte, hat er sich unsere Sympathie erworben. Daß seine Handlungen nicht immer in vollem Einklang zu seinen Reden standen, lag zweifellos in den Verhältnissen begründet.

Die baltischen Länder und Deutschland.

Am 11. wird aus Berlin gemeldet: Der vereinte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Dösel sagte im Schlosse zu Riga unter großer Begeisterung und Jubel einstimmig folgenden Beschluß:

„Der vereinte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Dösel beschließt:

1. den Deutschen Kaiser zu bitten, Livland und Estland dauernd unter militärischem Schutze zu behalten, und bei endgültiger Durchföhrung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen,

2. den Wunsch auszusprechen, daß aus Livland, Estland, Kurland, den vorgelagerten Inseln und der Stadt Riga ein einheitlich geschlossener, monarchisch konstitutioneller Staat mit einheitlicher Verfassung und Verwaltung gebildet und an das Deutsche Reich durch eine Personalunion mit dem König von Preußen angegeschlossen werde, und den Deutschen Kaiser zu bitten, diesen Wunsch der baltischen Bevölkerung huldvollst zu genehmigen und deren Bewirtlichung herbeizuföhren.

3. den Deutschen Kaiser zu bitten: 1. daß er die Schaffung eigener Landesverfassungen für Livland und Estland ermöglichte, die bis zum künftigen Zusammenschluß der baltischen Gebiete und Verwaltung Livlands und Estlands föhren sollen, 2. daß zwischen dem Deutschen Reich, bezw. dem Königreich Preußen und dem aus baltischen Gebieten gebildeten Staat, die erforderlichen Militär-, Küst-, Verkehrs-, Zoll-, Maß-, Gewichts- und sonstige Konventionen abgeschlossen werden.“

Der Landesrat bestand aus von 58 Landesverträmmlungen gewählten Mitgliedern, und zwar von der Ritterschaft 13, von Landgütern 13 (Deutsche), von Landgemeinden 13 (9 Esten und 4 Letten), von den Ständen 9 (13 Deutsche, 5 Esten und 2 Letten) in der Gesamtheit 7 (1

Deutsche, 2 Esten und 1 Lette), von der Unabhäft Dorpat 1 Vertreter (Deutscher), aus dem Gebiet Pöschern 1 Vertreter (Lette).

An den Kaiser wurde folgendes Telegramm geschickt:

An Seine Majestät den Kaiser und König!

„Die im gemeinsamen Landesrat vereinigten Vertreter der gesamten Bevölkerung von Livland, Estland, Riga und Dösel danken Ew. Majestät aus tiefbewogenem Herzen für die Errettung aus schwerster Bedrängnis. Befreit von Todesnot und Vergewaltigung, kann die Bevölkerung jetzt ihre Wünsche für die Zukunft des Landes offen vor aller Welt bekennen und mittel daher einmütig, Ew. Majestät wolle die baltischen Länder für alle Zeiten unter dem mächtvollen Szepter Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät an das Deutsche Reich in der Personalunion mit dem König von Preußen anschließen.“

Es ist eine offenkundige Verdrehung der Tatsachen, hier von einem Entschluß der baltischen Länder zu reden. Die übergroße Mehrheit des baltischen Volkes ist bei der Entscheidung über die Zukunft ihres Landes vollständig ausgeschaltet worden. Man hehe sich doch die Zusammensetzung des jogen. Landesrats. 31 deutsche Ritter, deren Subjektivität doch außer allem Zweifel steht, verfügen in demselben über die Mehrheit. Die breite Masse des Volkes hat nichts zu sagen gehabt; sie wird einfach nach dem Willen einiger Oberschichten verhandelt. Gegen eine solche Regelung dieser Angelegenheit — die auch dem jetzigen in Preß-Rußland von der deutschen Delegation geheutem Versprechen, vor der endgültigen Entscheidung einen auf breiterer Grundlage gestellten Ausbau der parlamentarischen Vertretungen vorzunehmen, zuwidersteht — erhebt die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes entschiedenen Protest.

Die Kämpfe im Westen.

Die gestrigen Heeresberichte melden ein weiteres Vordringen im Raume Ypern—Armentieres. Die deutschen Truppen nähern sich Hazebrouck und gefährden immer drohender die ganze Ypernstellung, die von den Engländern gehalten wird. Aber auch Calais wird gefährdet, worauf Slogemann im Buxer Bund besonders hinweist. Er hebt hervor, daß die Deutschen westlich von Lille im Besitz eines Aufmarschgeländes seien, aus dem eine Offensive gegen Calais angefaßt werden könne. Heute bedrohe der in diesem Aufmarschgelände sichtbar gewordene Offensivstoß in der Tat im fernsten Ausblick Calais, wenn damit auch natürlich nicht gesagt sei, daß man der Weg nach Calais festhend zurückgelegt werden könne oder sollte.

Die „Koordeutsche Courant“ meldet aus Paris: „Die schwersten Tage der Kämpfe an der Nordfront stehen bevor. Der große Zusammenstoß, der sich als entscheidend erweisen könnte, wird mit Vertrauen abgewartet, denn die französischen und englischen Armeen verlegen den Deutschen noch immer den Weg. Die Deutschen liefern die Schlacht zu dem einzigen Zweck, die beiden Armeen zu vernichten. Diesmal hat die Schlacht ein strategisches und kein geographisches Ziel, sie wünschen bald eine Entscheidung zu erzielen. General Joch hat alle Maßnahmen getroffen, um den Vormarsch der Deutschen zum Stillstand zu bringen.“ — Warten wir diese Maßnahmen ab.

Nach einer Londoner Meldung hört man in England den Kampfbanner von der flandrischen Schlacht. In Dover sitzen die Genfergesellschaften.

Arras, das seit einiger Zeit ununterbrochen beschossen wird, bildet nur noch einen riesigen Trümmerhaufen. — Reims liegt zum Teil in Flammen.

Wie ichwertig übrigens die Ueberwindung der Sumpfniederung bei Armentieres ist, erhellt aus folgender Meldung: „Am ersten Tage der Schlacht bei Armentieres nach Einbruch in die feindlichen Stellungen galt es, ein 2 1/2 Kilometer breites Sumpfgelände zu überbrücken, und das Nachziehen der Artillerie und Kolonnen zu ermöglichen. Bis am Abend des ersten Kampftages gelang es bereits, auf den neu angelegten Fackelwegen, Bohlen- und Schotterwegen zahlreiche schwere Batterien und Trains herüberzuschaffen. Nach 48 Stunden hatten zwei vollständige Divisionen die sumpfige Enge passiert und 30 Kompanien hatten in rastloser Tag- und Nacharbeit Zehntausende von verlässlichen Fackeln und Bohlen von dem mehrere Kilometer entfernten Stapelplatz herangeschafft und eingebaut. So kurz vorher noch Geschütze und Pferde hundertfach versanken, rollten nach wenigen Stunden schon Lastautomobile, schwere Kanonen und vollbeladene Kolonnen. Diese schwierigen Arbeiten mußten im feindlichen Störungsfeuer und bei wiederholten Fliegerangriffen durchgeführt werden.“

Die deutschen Heeresberichte.

WZ. Großes Hauptquartier, 14. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfelde an der Ans gewannen wir im jähem Kampf Boden. Südlich vom Douve-Bach durchstießen die Truppen des Generals von Eberhardt die feindliche Stellung südwestlich von Bulvergen und erlitten nach erbittertem Ringen mit englischen zum Gegenangriff angelegten Verbänden Newerkerz. Ein in den Abendstunden durchgeführter Angriff unter Führung des General Maeder brachte uns in den Besitz der Höhe westlich vom Die. Bei Bailleul wurde wechselvoll gekämpft. Die Drie Meris und Vier Berquin wurden genommen. Dem Schlachtfeld zustrebende feindliche Kolonnen erlitten in unserem durch Erd- und Luftbeobachtung wirksam geleiteten Generalangriff schwere Verluste.

An der Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme Artilleriekämpfe. Ein Angriff mehrerer französischer Bataillone gegen Matruillers brach blutig zusammen. Zahlreiche Gefangene blieben in unserer Hand.

Nördlich von Mihiel führten wir einen erfolgreichen Vorstoß gegen amerikanische Truppen aus, fügten ihnen schwere Verluste zu und brachten Gefangene zurück.

Im Luftkampf wurden in den beiden letzten Tagen 37 feindliche Flugzeuge und 3 Zeppelinballone abgeschossen. Leutnant Wendhoff erlangte seinen 24. Luftpfege.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

WZ. Berlin, 14. April, abends. (Amtlich.)

Auf dem Schlachtfelde an der Ans erfolgreiche Kämpfe zwischen Newerkerz und Vier Berquin.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 15. April.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Bezirks findet heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig. Niemand fehle!

Ein Vorstoß hiesiger Anexionisten.

„Aus treibt nicht Eroberungslust“, so wurde zu Beginn dieses gewaltigen Krieges vom deutschen Kaiser festlich erklärt, und der Gedanke, daß der Kampf der Verteidigung

der deutschen Heimat gab, gab Millionen die Kraft, unglückliche Entbehrungen und Leiden, Tod und Gefahr auf sich zu nehmen. Nun gibt es aber in Deutschland gewisse Kreise, die in dem Satz „Uns treibt nicht Eroberungslust“ das Wort nicht gerne streichen möchten. Sie haben zu diesem Zwecke eine besondere Organisation, nämlich die angebliche „Vaterlandspartei“, neben ihren bestehenden alldeutschen Vereinigungen, gegründet und bemühen sich nun mit allen Mitteln, den Eindruck zu erwecken, als ob das deutsche Volk in seiner Mehrheit mit den Heimeroberern an einem Strange zöge oder gar hinter ihnen stände.

Ihnen steht dabei jene Presse zur Seite, die in der fernliegenden Friedenszeit ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung um Verbesserung ihrer Lage sah und der Reaktion Schleppenträgerdienste leistete.

Doch von Artikeln in dieser Presse scheint man sich noch nicht den genügenden Erfolg zu versprechen. Man will jetzt die auf Grund von Massenwahlen gewählten einzelstaatlichen Parlamente in Bewegung setzen und von ihnen Beschlüsse fassen lassen, durch welche die Bestrebungen der Annerzionisten unterstützt werden. In der Hamburger Bürgerzeitung ist von nationalliberaler Seite bereits ein solcher Antrag eingebracht worden, der demnächst zur Verhandlung kommen soll.

Diese „Tat“ der Hamburger Gefinnungsgenossen hat mit einem Lübecker Altschullehrer, der den glücklichen, unbekanntesten und wie es scheint nicht ganz unverdienten Namen Ohnesorge führt, zu einem Artikel beigetragen, den der „G.-M.“ und das Organ der Vaterlandspartei, die „Lübecker Anzeigen“ g. u. n. — so sagen sie selbst — abdrucken. Darin wird gewünscht, daß auch die Lübecker Bürgerschaft einen Beschluß fassen möge, der die Annerzion von belgischen und französischen Landesteilen als „Sicherungen“ fordert. Da die Vaterlandspartei in dieser Bürgerschaft, die in ihrer Mehrheit nur die Minderheit der Bevölkerung repräsentiert, eine nicht unerhebliche Mitgliederzahl besitzt, — auch der Wortführer gehört ihr an! — so ist es wohl möglich, daß demnächst eine derartige Aktion unternommen wird, für welche jedoch die Bevölkerung nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Die breiten Massen des Volkes sehen nach wie vor auf dem Standpunkt: Uns treibt nicht Eroberungslust! Sie wollen im Gegensatz zu den Annerzionisten einen baldigen Frieden ohne Bergewaltigung anderer Völker.

Postschweckverkehr. Zahlkarten, auf deren Hauptseite die Betragssumme eingedruckt ist, diese aber nachträglich mit Stempel oder handschriftlich auf einen um die Zahlartengebühr von 5 Bfg. oder 10 Bfg. niedrigeren Betrag geändert wird, werden von den Postanstalten bei der Annahme nicht beanstandet werden.

Die Bäckstatter werden mit Beginn der Sommerzeit nicht wie uns dieser Tage von amtlicher Seite berichtet wurde, um 7 Uhr, sondern wie bisher um 6 Uhr abends geschlossen.

Zu vertrauensselig. Am dem Wucher mit Zuckermaren einen Kiesel vorzuschleichen, hat das Kriegsernährungsamt Höchstpreise festgesetzt, die sich zwischen 1,80 M für die billigste Sorte und 3 M für die besten Bonbons (gefüllte Sorte oder Rahmbonbons) bewegen, während Fondants nicht mehr als 2,20 bis 3,50 M. kosten dürfen. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen fürchtet, daß der Kiesel sich doch als nicht stark genug erweisen wird. Schon jetzt haben wir ja nur selten deutsche Bonbons zu sehen bekommen, dafür aber Berge teurer Warschauer Ware, von der man freilich sagt, daß sie aus deutschen Fabriken stamme, und deren ausländisches Gewand, das Papier mit polnischem Aufdruck, gleichfalls in Berliner Druckereien hergestellt werde. Da diese Behauptung, die auch gelegentlich einer Gerichtsverhandlung aufgestellt wurde, niemals widerrufen ist, muß wohl etwas Wahres an der Geschichte sein. Umso unbegreiflicher aber ist es, daß man diesem Umzug nur dadurch zu steuern sucht, daß man verbietet, bei der im Inland erzeugten Ware Einwickelpapier zu verwenden, die den Eindruck außerdeutscher Ware erwecken. Wir fürchten, daß die Hersteller für „Auslandsware“ sich gar nicht um diese neue Verordnung kümmern werden und daß alles beim Alten bleibt, denn von einem Einfahren gegen den

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 15. April. (Kritisch.)
Weltlicher Kriegshauptquartier.

Auf den Schlachtfeldern an der Oys tam es vielfach zu erbitterten Kämpfen. Südlich von Niculesse, sowie zwischen Bailleul und Veris wurden englische Maschinengewehre zerstört und ihre Besatzung gefangen. Gegenangriffe, die der Feind aus Bailleul und südwestlich von Bethune führte, brachen in Ostreich zusammen.

An der Schlachtfeldfront an beiden Seiten der Somme blieb der Artilleriekampf bei regnerischen Wetter in mäßigen Grenzen.

Nach heftigen Kämpfen mit bewaffneten Händen sind unsere in Finnland gelandeten Truppen, tatkräftig unterstützt von Teilen unserer Seestreitkräfte, in Sellsingsfors eingezogen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Lubendorff.

Preisung mit Auslandsware, das dringend nötig wäre, verleiht noch immer nichts.

An Staatssteuern und Abgaben gingen im Monat März kein hiesigen Steueramt ein: Einkommensteuer 132 485,77 M., Gewerbesteuer 53,65 M., Wertzuwachssteuer 3 897,— M., Grundsteuer 6 356,50 M., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer 6 943,40 M., Veräußerungsabgabe 43 655,45 M., Stempelabgabe 29 620,70 M., Vermögenssteuer 207,55 M., zusammen 223 220,02 M., gegen 141 131,63 M. im gleichen Monat des Vorjahres, mithin 82 088,39 M. mehr. Vom 1. April 1917 bis Ende März 1918 gingen insgesamt 9 920 072,42 M. ein gegen 7 551 373,55 M. im Vorjahre; mithin 2 368 698,87 M. mehr.

Der Ertrag der Einkommensteuer war allein um mehr als 1/2 Millionen Mark höher, als er im Haushaltsplan für 1917/18 veranschlagt war. Dort waren nur 5 500 000 M. eingestellt worden. Die Vermögenssteuer, die erstmalig erhoben wurde, hat 347 335,50 M. gebracht, obwohl ihr Ertrag im Haushaltsplan nur auf 250 000 M. geschätzt wurde. Auch die Gewerbesteuer und die Veräußerungsabgabe lieferten weit höhere Summen als im Vorjahre.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat März. Befördert sind: 1918: 1 938 298 Personen 1917: 1 658 438 Personen, mehr: 279 860 Personen. Eingenommen sind: 1918: 196 931,00 M. 1917: 155 359,15 M., mehr 41 571,85 M.

Erfahrungen aus den letzten Fliegerangriffen. Man schreibt uns: Die Erfahrungen, die immer wieder, zumal auch bei den letzten Bombenangriffen feindlicher Flieger auf deutsche Städte, gemacht worden sind, sind von so allgemeinem Interesse, daß es sich lohnt, ihnen durch die Presse eine weite Verbreitung zu geben. So werden auch die Einwohner noch nicht betroffener Städte sich rechtzeitig versehen können. Es ist erstaunlich, welche Gleichgültigkeit gegen alle Ermahnungen der verantwortlichen Stellen zu vernünftigen Verhalten immer noch vorhanden ist. Gerade die Fliegerangriffe der letzten Zeit haben wiederum einer Anzahl friedlicher Einwohner, vor allem auch Frauen und Kindern, Leben oder Gesundheit gekostet. Diese schmerzlichen Verluste sind um so behauerlicher, als sie bei richtigem Verhalten fast durchweg hätten vermieden werden können. Fast alle Getöteten oder Verletzten wurden nämlich auf offener Straße oder an den Fenstern und Türen ihrer Wohnungen von den Splittern der Bomben ge-

troffen. Die Einwohner der Teile Deutschlands, die Angriffen feindlicher Flieger ausgesetzt sind, oder ausgesetzt sein können, sind durch mancherlei Belehrung und Warnung schon eingehend darüber unterrichtet, wie sie sich im Falle eines Fliegerangriffes zu verhalten haben. Die Zweckmäßigkeit der hierfür gegebenen Vorschriften hat sich besonders bei den zahlreichen Angriffen auf das von feindlichen Fliegern am meisten heimgegriffene lothringische Industriegebiet gezeigt. Dank der sorgfältigen Befolgung dieser Vorschriften sind die Einwohner dieses Gebietes bei den meisten Angriffen vor Verlusten völlig verschont geblieben. Das gleiche ist in allen bedrohten Gegenden zu erreichen. Jeder Mann und jede Frau der bedrohten Gegenden überlege in ruhiger Stunde, wie er und die Seinen sich auf Grund der Vorschriften im Falle eines Fliegerangriffes zu verhalten haben. Jeder einzelne im Hause muß die Stelle kennen, an die er sich bei einem Angriff zu begeben hat. Kommt ein Angriff, so sucht er sie mit möglicher Eile, aber ohne sinnlose Ueberhürung, auf. Bestimmt er sich auf der Straße, so tritt er in das nächste Haus und sucht dort Deckung. Ist er auf freiem Felde, so wirft er sich in der nächsten Vertiefung hin. Reugier ist besonders verhängnisvoll. Keiner lasse sich durch den Wunsch, etwas zu sehen, dazu verleiten, seine Deckung zu verlassen, ans Fenster zu treten, durch die Türpalke zu schauen, oder gar aus dem Hause heraus auf die Straße zu gehen. Neugier ist Tod! Bei jedem Angriff werden die meisten Menschen auf der Straße oder in der Nähe der Fenster getroffen. Der Franzose Maurice Barres empfahl in der Menschenfreundlichkeit nach dem Angriff auf Mannheim am Heiligen Abend 1917 ausdrücklich, derartige Angriffe bei Tage auszuführen, weil dann die Straßen belebt seien und den Bomben mehr Menschen zum Opfer fallen würden. Wer bei Fliegerangriffen ans Fenster tritt oder auf die Straße geht, spielt also seinen Gegnern in die Hände. Statt dessen sollte jeder durch verständiges Benehmen dazu beitragen, den ruhelosen Krieg unserer Feinde gegen Leben und Stimmung der friedlichen Bevölkerung aufzuhalten und zu machen. Je mehr sich die Bewohner der bedrohten Gebiete durch richtiges Verhalten vor Verlusten bewahren und damit von der Zweckmäßigkeit der behördlichen Anweisungen überzeugen, desto gefassener werden sie derartige Angriffe als unabwendbare, aber verfehltete Kriegsmittel unserer Gegner hinnehmen.

Geneverbestattung. Die Zahl der Einäscherungen in den deutschen Bestattungen erreichte im Februar d. J. 1094. Es sind dies 283 weniger als in demselben Monat 1917, aber immer noch 107 mehr als im Februar 1916. Von den Eingäscherten waren 612 männlichen und 482 weiblichen Geschlechts. In 900 oder 82,3 Proz. aller Fälle fand eine religiöse Feier in der Bestattung statt. Im einzelnen wurden eingäschert in Augsburg 3, Baden-Baden 10, Berlin 166, Braunschweig 4, Bremen 61, Chemnitz 58, Coburg 28, Danzig 7, Darmstadt 2, Dessau 5, Dresden 86, Eisenach 25, Eßlingen 2, Frankfurt a. M. 19, Freiburg 8, Friedberg 1, Gera 29, Göttingen 8, Götting 8, Gotha 61, Greifswald 2, Hagen 4, Halle 12, Hamburg 55, Heidelberg 11, Heilbronn 6, Hirschberg 9, Jena 18, Karlsruhe 13, Kiel 6, Krefeld 4, Leipzig 73, Lübeck 9, Mainz 20, Mannheim 21, Meiningen 9, München 35, Nürnberg 15, Offenbach 15, Pforzheim 2, Plauen 6, Pößneck 12, Reutlingen 1, Sonneberg 15, Stuttgart 34, Tilsit 4, Treptow 9, Ulm 9, Weimar 18, Wiesbaden 17, Zittau 35, Zwickau 17. Seit Bestehen der Einrichtung fanden in Deutschland 112 190 Einäscherungen statt.

Darlehen der Reichsdarlehnskassen. Infolge aufgetretener Unklarheiten wird darauf hingewiesen, daß diejenigen, die Darlehen bei den Darlehnskassen des Reiches aufgenommen haben, nicht zu befürchten brauchen, daß ihnen das Darlehen zur Unzeit gekündigt wird. Die berufenen Stellen haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Darlehnskassen des Reiches noch einige Jahre nach dem Kriege weiterbestehen werden. Die Darlehnskassen beileihen nicht nur Kriegsanleihen und Staatsanleihen, sondern auch die meisten an den Börsen gehandelten Wertpapiere. Die Zeichner von Kriegsanleihen erhalten für die Zeichnung benötigte Darlehen zum Vorzugszins von 3 1/2 Prozent. Da die Darlehnskassen Kriegsanleihen sich bei einem Kurs von 98 mit über 5 Prozent

Warttage der „Rechten“

- 1918 18. April** Letzter Tag der Zeichnungsfrist. Bis mittags 1 Uhr werden Zeichnungen entgegengenommen. Wer bis dahin, obwohl er dazu in der Lage ist, nicht gezeichnet hat, handelt pflichtvergessen gegen das Vaterland und schädigt sich selbst, indem er sich die wertvollen Vorteile entgehen läßt, die die 8. Kriegsanleihe durch hohen Zinsgenuss, hohe Rückzahlungs- und Auslösungsgewinne bietet.
- 27. April** Einziger Pflichtzahltag für die Postzeichner, erster Pflichtzahltag für alle anderen Zeichner. Die bei einer Postanstalt angemeldeten Zeichnungen können in der Zeit vom 28. März bis 27. April voll bezahlt werden, es werden dann Stückzinsen für 63 Tage vergütet. Die Postzeichnungen müssen spätestens am 27. April bezahlt werden. Auf alle übrigen Zeichnungen müssen bis spätestens 27. April 30 Prozent des zugeteilten Betrages eingezahlt werden, sofern die Summe der am 27. April fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 M ergibt.
- 24. Mai** Zweiter Pflichtzahltag. Spätestens bis zu diesem Tage sind weitere 20 Prozent des zugeteilten Betrages zu bezahlen, sofern die gezeichnete Summe 200 M oder darüber beträgt. Wer 200 M und ebenso wer 300 M gezeichnet hat, muß am 24. Mai, da insgesamt 50 Prozent des gezeichneten Betrages fällig sind, 100 M bezahlen. Dagegen hat, wer 100 M gezeichnet hat, am 24. Mai noch nichts zu zahlen.
- 21. Juni** Dritter Zahltag. Von dem zugeteilten Betrag sind weitere 25 Prozent zu bezahlen. Auch jetzt hat, wer 100 M zeichnet, noch nichts zu zahlen, da der am 21. Juni fällige Teilbetrag, insgesamt 75 Prozent, noch nicht 100 M ergibt. Wer 200 M gezeichnet hat, ist am 21. Juni zur Bezahlung der zweiten Hälfte des Betrages noch nicht verpflichtet, da an diesem Tage insgesamt erst 75 Prozent des Zeichnungsbetrages fällig sind. Wer dagegen 300 M gezeichnet hat, bezahlt am 21. Juni weitere 100 M.
- 1. Juli** Beginn des Zinsenkurses der 8. Kriegsanleihe. Bei Zahlungen vor oder nach dem 30. Juni werden Stückzinsen wie herkömmlich verrechnet.
- 18. Juli** Viertes und letzter Pflichtzahltag, bis zu dem die restlichen 25 Prozent zu bezahlen sind. Erst an diesem Tage ist, wer 100 M gezeichnet hat, zur Bezahlung verpflichtet. Diejenigen, die 200 M oder 300 M gezeichnet haben, bezahlen am 18. Juli die letzten 100 M.

- 1919 2. Januar** Zum ersten Male werden die Zinscheine der 8. Kriegsanleihe fällig. Die Halbjahreszinsen der Schuldverschreibungen betragen für 1000 M Nennwert 25 M, die der Schatzanweisungen für 1000 M Nennwert 22,50 M.
- 15. April** Ablauf der Sperrfrist für Schuldbuchzeichnungen.
- 1924 1. Oktober** Bis zu diesem Tage müssen unter allen Umständen auf die Schuldverschreibungen der 8. Kriegsanleihe 5 v. H. Zinsen gewährt werden. Bei etwaiger Ermäßigung des Zinsfußes nach dem 1. Oktober 1924 muß das Reich den Inhabern der 5zinsigen Schuldverschreibungen die Rückzahlung zum vollen Nennwert anbieten.
- 1927 1. Juli** Frühestens auf diesen Tag kann das Reich die in der Zeit vom Januar 1919 bis Juli 1927 nicht ausgelosten 4 1/2 zinsigen Schatzanweisungen der 8. Kriegsanleihe zur Rückzahlung zum Nennwert kündigen. Die Inhaber der ausgelosten Schatzanweisungen können statt der Barzahlung neue Schatzanweisungen fordern, die vom Juli 1927 ab 4zinsig und bei der späteren Auslösung mit 115 M für je 100 M Nennwert rückzahlbar sind.
- 1937 1. Juli** Frühestens auf diesen Tag kann das Reich die in der Zeit vom Juli 1927 bis Juli 1937 nicht ausgelosten 4zinsigen Schatzanweisungen zur Rückzahlung zum Nennwert kündigen. Die Inhaber der ausgelosten Schatzanweisungen können statt der Barzahlung neue Schatzanweisungen fordern, die vom 1. Juli 1937 ab 3 1/2 zinsig und bei der späteren Auslösung mit 120 M für je 100 M Nennwert rückzahlbar sind.
- 1967 1. Juli** An diesem Tage werden die bis dahin etwa nicht ausgelosten Schatzanweisungen mit dem abdem für die Rückzahlung der ausgelosten Schatzanweisungen maßgebenden Beträge (110 v. H., 115 v. H. oder 120 v. H.) zurückgezahlt.

Es gibt nichts Sichereres als deutsche Kriegsanleihe!

verzinst, ist also der Zinszuschuss für diese Darlehensnehmer ein ganz geringer.

H. Sanjathater. „Die Dollarprinzessin“ von Leo Fall, diese immer gern gesehene Operette gelangte am gestrigen Abend vor völlig ausverkauftem Hause in neuer Einstudierung zur Aufführung. In flottem Zusammenpiel brachten die Damen Rogall, Liebich, Schneider und die Herren Ehrhardt, Ahrens und Schubert, die Träger der Hauptpartien, eine gute Vorstellung heraus, nur erschien uns Herr Schubert etwas indisponiert. Kleine Unbequemlichkeiten, die der Aufführung noch anhaften, werden bei den in Aussicht genommenen Wiederholungen wohl verschwinden. Die bekannten Schlager der Operette mühten auf stürmisches Verlangen des dankbaren Publikums mehrfach wiedergegeben werden. Herr Schubert, der als Spielleiter zeichnete, hatte für stimmungsvolle Bühnenbilder gesorgt, die wesentlich durch elegante Garderobe der Damen unterstützt wurden. Die musikalische Leitung lag in Händen des Herrn Kucko, dessen sicherer Führung auf und vor der Bühne mit Sorgfalt gefolgt wurde. Jetzt hat die züchtige Direktion in dieser Woche zwei Schlager: „Die drei alten Schachteln“ und „Die Dollarprinzessin“.

Hamburser Künstler veranstalteten am Sonnabend im Marmoraal des Stadttheaters einen „bunten Operettenabend“, der wohl mehr der leichten Unterhaltung, als künstlerischen Zwecken dienen sollte. Frau Winterhagen-Dobba, die geschätzte Sängerin des Hamburger Stadttheaters, und Erwin Bachheim, eine talentierte Geigerin, befruchteten mit ihren Darbietungen auch höhere Ansprüche. Herr Kadeltrug mit gutem Humor einige plattdeutsche Sachen vor und erzielte damit viele Heiterkeit. Die übrigen Mitwirkenden — eine Operettensängerin, ein Tenor und eine Tänzerin — suchten, so gut wie sie konnten, das Interesse des Publikums zu fesseln.

Ingepflichtigte Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat März in 124 Fällen gemeldet. Davon betrafen 82 Fälle (2 tödlich verlaufen) Diphtherie, 16 Masern, 13 Scharlach, 8 Typhus, 2 Ruhr, 2 Malaria und 1 (tödlich) Wochenbettfeber.

Zeichnung auf die 8. Kriegaanleihe. Die Spar- und Anleihe-Kasse in Lübeck zeichnet noch eine weitere Million Mark, im ganzen also bei der 8. Kriegaanleihe 4 Millionen Mark und bei allen Kriegaanleihen 24 Millionen Mark.

pd. Zuckerdiebstahl und Sehlerei. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schneidermeister, ein Schneiderlehrling und ein Arbeitsbursche, die zu verschiedenen Malen in eine vor dem Holzentore befindliche Konjervenfabrik mittels Dietrichs eingebrochen waren und eine größere Menge Zucker gestohlen hatten. Den Zucker haben die Diebe weit über den Höchstpreis an einen Krämerlehrling verkauft, der ihn seinerseits wieder mit hohem Verdienst an einen Krämer verkaufte. Die Bestgenannten dürften sich wegen Sehlerei zu verantworten haben.

Moising. In einer sehr gut besuchten Parteiverammlung sprach hier am Sonnabend Abend Genosse Stellung über die inner- und außerpolitische Lage. Seine Ausführungen gipfelten in der Billigung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion in den Fragen des Ostfriedens und der Bewilligung der Kriegskredite. Ferner beschäftigte er sich mit der Beitragserhöhung, mit der sich die Genossen und Genossinnen einverstanden erklärten. Eine Debatte über den Vortag fand nicht statt. Die vorgenommenen Wahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder und Revisoren.

Hamburg. Den Anschluß an den Volksbund für Freiheit und Vaterland abgelehnt. Eine Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsverbands von Hamburg und Umgebung beschäftigte sich am Dienstag mit der Frage des Anschlusses des Kartells an den Volksbund für Freiheit und Vaterland. In einer vorausgehenden Sitzung der Kartellkommission hatten sich 8 Mitglieder für und 4 gegen einen Anschluß erklärt. Arbeiterleiter Große betonte in längerer Ausführungen den Anschluß des Kartells als zweckmäßig. Nach längerem Für und Wider wurde mit großer Mehrheit der Anschluß an den „Volksbund“ abgelehnt.

Hamburg. Von der Straßenbahn überfahren und getötet wurde beim Spielen auf dem Spandorferweg die dreijährige Tochter der im Silbeck wohnenden Familie Timm. — Raubmordversuch. Am Sonnabend Abend gegen 7 Uhr kam ein unbekannter Mann in ein Zigarrengeschäft in der Caffamacherreihe und kaufte Zigarren. Als die zirka 60 Jahre alte Frau zur Kasse ging, schlug der Unbekannte die Frau mit einem Gegenstand auf den Kopf und verletzte sie schwer. Die Frau konnte aber noch um Hilfe rufen. Der Räuber ergriff die Flucht und entkam. Die Frau wurde ins Krankenhaus befördert. Ob der Mordling etwas erbeutet hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Neukreutz. Sohnsucht einer schönen Seele. Die Neukreutzer „Landeszeitung“ Nr. 84 vom 12. April 1918 druckt in ihrem Interieurteil folgenden Stoßfussler ab:

„Herzog Karl Michael, Du Stern in dunkler Nacht, halte über das Land Mecklenburgs treue Wacht; erfüll die Bitte, komm' in unsere Mitte. Deine praktischen Beziehungen im Ausland bringen gesegnete Wohlhabenheit durch Deine Hand. Die weiße Natur wählt zum Erreichen Wege. Großherzog Georg lebt in Dir. Hinwärtig sind die matten Meinungen. An die Seelenwanderung glaubende Louise Michaelis.“

Wenn sich dem Leser hierbei loben von selbst die Stiefel ausgezogen haben, so ist das bei so was nur ganz natürlich, und der Leser braucht nicht etwa zu glauben, daß nun seine Seele auch schon zu wandern angefangen und erit mal in seine Stiefel oemander sei, bemerkt dazu unser Rostocker Parteioorgan. Aber die Neukreutzer „Landeszeitung“ hat den Kranz jetzt 1918 Was all ihre vielen „Eingelands“ nicht geschafft haben — jetzt, da sie mit Louise von der Seelenwanderung im Bunde ist, jetzt muß sich alles, alles wenden! — Karl Michael ist bekanntlich russischer General!

Barchim. Tödtlich verunglückt ist der 63jährige Arbeiter E. Skult in Drefahl. Er hatte Stroh von Krenmin geholt. In Biergow fiel er so unglücklich vom Wagen, daß die Räder über ihn hinweggingen. Die Verletzungen des Verunglückten waren derartig schwer, daß der Tod bald darauf eintrat.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Don Pasquale“, komische Oper in drei Akten von Donizetti. Diese hübsche Oper hat die Last ihrer 75 Jahre auf dem Buckel, aber sie trägt leicht daran. Der reiche Strauß gefälliger und anmutiger Melodien, den sie in sich birgt, ist nicht verwehrt im Laufe dieser Zeit, sondern duftet und erfreut wie im Jahre 1843, da er entstand. Allerdings haben die deutschen Bühnen den „Don Pasquale“ vielfach sehr vernachlässigt. Nur verhältnismäßig selten hat man ihn aus dem unverdienten Winkel der Vergessenheit hervorgeholt und seine Schönheiten

welteren Kreisen gezeigt. Vielleicht, daß der Text manchen Leuten nicht modern genug erscheint, weil er in etwas naiver, aber drolliger Weise das Sprichwort behandelt „Alter schüht vor Torheit nicht“, das auch heute in anderer Aufmachung nicht selten den Stoff zu Theaterstücken bietet. Wie dieser alte Junggeselle durch eine Scheinheirat von seinen Ehestandsgedanken kuriert wird, ist immerhin recht ergötzlich, zumal da Otto Julius Bierbaum sich bemüht hat, das Libretto von dem Staub zu befreien, der sich doch am Ende darauf gesetzt haben könnte. Die musikalische Reminiscenz hat Kneffeld übernommen, der sich hütete, an den Schätzen Donizettis selbst etwas „verbessern“ zu wollen. Die gestrige Wiedergabe des Werkes im hiesigen Stadttheater war ganz vorzüglich. Herr Kapellmeister Dr. Reich hatte die Einstudierung mit Sorgfalt und Liebe vorgenommen und brachte die Schönheiten der Partitur in der von ihm lebendig und sicher geleiteten Aufführung bestens zur Geltung. Die Regie des Herrn Ludwig s hatte gleichfalls geschickt gewaltet und für wirkungsvolle Bühnenbilder gesorgt. Nur vier Partien hat die Oper, aber sie verlangen gute Sänger und Darsteller, und die standen hier zur Verfügung. Fr. J. m e brachte als Norina ihre prächtig geschulten Stimmkräfte, ihre anmutige Persönlichkeit bestens zur Geltung und entzückte durch ihr feines Spiel. Der Don Pasquale wurde von Herrn Ludwig s mit all den komischen Zügen ausgestattet, die dem in der Ehefalle gefangenen alten Hagestolz anhaften. Seine Listigkeit vor der vernünftigen Heirat, seine Verzweiflung nachher wirkte sehr erheitend. Herr Schumacher war ein gewandter Doktor Malatesta und Herr Triebhorn der glückliche Liebhaber der Norina. Beide hatten und benutzten die Gelegenheit, sich gelanglich hervorzutun. Thöre enthielt „Don Pasquale“ nicht, der gestern mit vollem Recht eine sehr freundliche Aufnahme fand.

Mag Montor, der bekannte Künstler vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, regierte gestern Abend im Marmoraal vor einem leider nicht allzu zahlreich erschienenen Publikum Shakespeares gewaltiges, fünfaktiges Trauerspiel „Julius Cäsar“. Es war ein hoher, künstlerischer Genuß und eine staunenswerte Leistung, die hier geboten wurde. Der Künstler regierte das umfangreiche Stück — der Abend währte mit einer einzigen kurzen Pause nahezu 2 1/2 Stunden — völlig frei aus dem Gedächtnis und beherrschte mit seinem klaren, modulationsfähigen Organ die einzelnen Rollen derart, daß man glaubte, das Trauerspiel ziehe auf der Bühne an unserem Auge vorüber und werde von den verschiedensten effektvollsten Schauspielern wiedergegeben. Reicher, sich immer wiederholender herzlicher Beifall dankte dem Künstler für die schönen Stunden, die er den atemlos lauschenden Zuhörern verschafft hatte.

Neueste Nachrichten.

Semba gegen Clemenceau. Genf, 14. April. In der „Humanite“ greift Semba den Ministerpräsidenten Clemenceau aufs schärfste an. Er habe durch seine ungehörigen und übertriebenen Enthüllungen nichts weiter erreicht, als die Solidarität der Mittelmächte ganz erheblich verstärkt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

über die Abgabe von Hühnerfutter.

Vom 16. April d. J. ab werden die Bezugsscheine für Hühnerfutter durch die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Schüsselbuden 18, II, ausgegeben.

Hühnerfutter (Geflügelbrot und Kleie) erhalten vorläufig nur diejenigen in der Stadt und den Vorstädten, einschließlich des Eingemeindungsbezirks, wohnenden Hühnerhalter, deren Hühner keinen freien Auslauf haben. Die Gierablieferungskarte des Polizeiamts ist vorzulegen.

Eine Futterration für abgelieferte Eier wird von jetzt ab nur noch an diejenigen Hühnerhalter ausgegeben werden, die über die vom Polizeiamt vorgezeichnete Höchstzahl hinaus (Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Eiern und die Verteilung der Eier vom 28. Februar 1915) Eier abliefern, und zwar für jedes Ei 150 Gramm Körnerfutter.

Lübeck, den 13. April 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in Schlutup

findet statt am Dienstag, dem 16. April 1918, von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags beim Schlachtereimer Franz Winkler, Schlutup, Lübecker Straße 31 für die von der Polizeistation Schlutup abgenommenen Knochenabzugskarten.

Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.

Lübeck, den 13. April 1918.

Das Polizeiamt.

Heute erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber guter Sohn, Bruder, Verlobter, der Telephonist in einem Nachmittagszug

Walter Neubauer

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse sowie des Lübecker Hanseatenkreuzes

im Alter von 29 Jahren bei den Kämpfen im Westen am 28. März für sein Vaterland gefallen ist. In tiefer Trauer

Friedrich Neubauer und Frau.
Helmuth Neubauer, zurzeit im Felde.
Otto Neubauer, zurzeit im Felde.
Willy Neubauer.
Hans Neubauer.
Frida Zantopff, Berlin.

Lübeck, Geversstraße 52. (1826)

Am 25. März fiel im Westen unser wertiges Mitglied

Friedrich Jürs.

Sein ruhiges freundliches Wesen sichert ihm bei uns ein ehrendes Andenken. (1823)

Segler-Klub „Hansa“ von 1898.

Ein großer Fleischbrod, eine Bettschale mit neuer Sprungfeder-Matratze zu verkaufen. (1831) Reichsbauerstr. 6.

Sich nehme die über d. Arbeiter Gasthäuser und letzte Frau ausgebrochene Verleumdung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. (1821) Auguste Syska.

Möglichst und unerwartet erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß auch unser hoffnungsvoller lieber guter Sohn, Bruder und Nefte, der Jäger (1822)

Julius Stammer

am 2. April 1918 im blühenden fast vollendeten 20. Lebensjahre dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. In tiefer Trauer

Wihl. Rocksien, zurzeit im Felde, und Frau verw. Stammer.
Walter Rocksien, zzt. i. Felde
Karl Stammer, zurzeit im Lazarett Lübeck.
Ernst Stammer, zzt. i. Felde.
Bertha u. Ella Stammer u. alle, die ihm nahestanden.
Schwarzwald, 14. 4. 1918.

Am 11. ds. Mts. erhielten wir die tieftraurige Nachricht, daß mein lieber herzenguter Mann, meiner drei kleinen Kinder treuerer Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwaiger und Onkel, der Unteroffizier (1892)

Karl Lehsten

Inhaber des Eisern. Kreuzes II. Klasse und des Lübecker Hanseatenkreuzes, im 28. Lebensjahre am 10. April nach schwerer Verwundung im Feldlazarett verstorben ist. In tiefem Schmerz seine tiefgebeugte Gattin Frieda Lehsten geb. Borwig, Familie Lehsten, Familie Borwig.

Lübeck, Rottmischstr. 41, III.

Als weitere Opfer des grausamen Weltkrieges haben wir unsere Mitglieder und Kollegen, die Züchtler

Wilhelm Vohs

und

Adolf Hintz

zu beklagen.

Wir werden auch diesen ein treues Andenken bewahren.

(1835) Die Lokalverwaltung.

Dem Weltkriege zum Opfer fiel durch eine Fliegerbombe unser treuer Mitarbeiter

Heinrich Koop.

Wir werden ihm eindauerndes Andenken bewahren!

(1834) Die Ortsverwaltung.

Berl. am Sonntag Abend beim Bahnhof e. Geldtische am 22. Okt. u. e. Vorzugsbillet zum Panja-Theater. Der ehl. Finder wird gebeten, dieselbe geg. Belohnung Kronsford. Allee 119, III, abz. (1833)

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter u. Plakarbeiter

in größerer Zahl, ferner

Maschinenhelfer, Zimmerleute, Lokomotivführer, Rangierführer, Rangierer, Heizer.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremmib,

Rathenow, Bahnhöfstr. 22.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, dem 16. April

abends 8 1/4 Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1918.
2. Kartellbericht.
3. Erhöhung des Lokalbeitrags.
4. Bericht der Kommission wegen Anstellung einer Bureauhilfskraft.

Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Mitglieder, zu erscheinen.

1824 Die Ortsverwaltung.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein

e. G. m. b. H.

Außerordentliche Generalversammlung

am Montag, dem 22. April 1918, abends 8 1/2 Uhr

im Bürgerverein, Kempfers Gesellschaftshaus, Königstraße 25.

Tagesordnung: Beschlußfassung über einen Vertrag mit der Finanzbehörde.

Lübecker gemeinnütziger Bauverein.

Gingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Vorstand: 1830

Charles Coleman, Vorsitzender; Julius Hahn, Stellvert. d. Vors.; W. Schulmerich, Schriftführ.; L. Langenheilm, Kassierführ.; J. Körner.

Zu kaufen gesucht (1827)

Hauswandlumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.

Karl Kleinfeld, Wallenhoffstr. 25.

Telephon 2480.

Uhren-Reparaturen.

Billige Preise. (1828)

Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.

Hermann Voß,

Urmacher.

Breite Strasse 54 und Hürstr. 71.

Stadttheater.

Dienstag, den 16. April 1918:

Anfang 8 Uhr

Gastspiel von

Albert Bassermann:

Die Menschenfreunde.

Ausverkauft.

Mittwoch, den 17. April 1918:

Anfang 8 Uhr:

Wiener Blut.

Der Wahlrechtsentscheidung entgegen

Daß die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses auch in der zweiten Lesung das gleiche Wahlrecht mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt und mit dem gleichen Stimmenverhältnis das Pluralwahlrecht beschlossen hat, hat keinerlei Ueberraschung hervorgerufen. In der ersten Lesung ist diese Beschlusfassung bekanntlich mit 20 gegen 15 Stimmen erfolgt. Ein nationalliberaler Wahlrechtsfeind war inzwischen, da sich das Mehrheitsverhältnis in der Fraktion verschoben hat, durch einen Anhänger des gleichen Wahlrechtes ersetzt worden. Die übrigen Kommissionsmitglieder waren die gleichen geblieben und waren natürlich durch ihre frühere Abstimmung festgelegt. So bleibt von der schändlichen Entscheidung des Wahlrechtsausschusses nur zu loben, daß sie rasch erfolgt ist und den Entscheidungstempel im Plenum befestigt.

Einen Versuch, zwischen der wahlrechtsfeindlichen Mehrheit der Konservativen und Nationalliberalen und der Regierung ein Kompromiß herbeizuführen, ist nicht mehr gemacht worden. Auch das ist erfreulich, wenn auch nur selbstverständlich. Die Sache liegt ja ganz klar: entweder nimmt die Volksversammlung des Abgeordnetenhauses in zweiter oder spätestens in dritter Lesung das gleiche Wahlrecht an, oder, wenn dieses eine Mehrheit nicht zu erlangen vermag, muß die Regierung sofort den Landtag auflösen. Dann hätten wir auf dem Höhepunkt und in der Entscheidungsstunde des Weltkrieges ein Brechen einen Wahlkampf unter dem Dreiflassenwahlrecht. Eine Aussicht, die für „staatserkaltende“ Parteien eigentlich wenig Verlockendes haben sollte!

Wie wird nun die Entscheidung im Plenum fallen? Die Parteienstärke im Abgeordnetenhaus ist gegenwärtig die folgende:

Konservative Partei	143	Abgeordnete
Freikonservative Partei	53	„
Nationalliberale Partei	74	„
Fortschrittliche Volkspartei	39	„
Zentrum	01	„
Polen	2	„
Sozialdemokrat. Partei	5	„
Unabhäng. Soz. Partei	4	„
Wilde	4	„
Erledigte Mandate	7	„

Die absolute Mehrheit beträgt 217. Von diesen 217 hat die konservative Partei 143; es fehlen ihr zur Mehrheit 74 Stimmen. Mit Bestimmtheit treten für das gleiche Wahlrecht ein 162 Abgeordnete; es fehlen ihnen zur Mehrheit 55. Es fragt sich nun, wie sich die freikonservativen und nationalliberalen Stimmen verteilen werden. Von den freikonservativen 53 wird man nicht viel mehr als ein halbes Duzend äußerstenfalls für das gleiche Wahlrecht in Anspruch nehmen können. Es kann also nur zur Annahme kommen, wenn 2/3 der nationalliberalen Fraktion dafür stimmen. Ursprünglich war dazu nur ein Drittel bereit, und der schwerindustrielle Flügel wird unbedingt an seiner Gegnerschaft gegen das gleiche Wahlrecht festhalten. Wie die nationalliberale Mitte stimmen wird, davon hängt das vorläufige Schicksal der Wahlreform ab.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, die sich eher auf der rechten als auf der linken Seite der Partei hält, behauptet, daß sich die Nationalliberalen in der Kommission durch die drei Stimmen für und die drei Stimmen gegen das gleiche Wahlrecht praktisch vollständig ausgeschaltet hätten. Das müßte einen sehr unbefriedigenden und für das Ansehen der Partei schädlichen Eindruck hervorrufen:

„Bei aller Achtung vor der Charakterfestigkeit und Ueberzeugungstreue der betreffenden Abgeordneten wird man die Frage aufwerfen müssen, ob denn Politik lediglich eine Gewissensfrage ist, oder ob man sich in ihr auch ein Bild davon zu machen hat, wie die Entschlüsse, die man faßt, auf die Zukunft des Vaterlandes und der Partei einwirken. Muß man an seiner Ueberzeugung ein Opfer bringen, um nicht die eigene Partei zu zertrümmern und damit einen für eine glückliche Entwicklung der Zukunft unseres Vaterlandes wichtigen Faktor zu zerstören, so wird dieses Opfer eben gebracht werden müssen.“

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärt es dann für unerträglich, daß eine verhältnismäßig nicht sehr große Gruppe von Abgeordneten in Widerspruch zu den Entschlüssen des Zentralvorstandes und zum Teil in Widerspruch mit dem ausgesprochenen Willen der Wähler in einer der wichtigsten Fragen der Gegenwart den Ausschlag gibt. Damit sei die Notwendigkeit in greifbare Nähe gerückt, einen allgemeinen preussischen Parteitag zu berufen, um die Stellung der Gesamtpartei zur Wahlrechtsfrage endgültig festzulegen.

Die moralische Bearbeitung der Nationalliberalen, die mit den Kundgebungen aus dem Lande und der Zentralvorstandssitzung begann, wird also mit verstärkten Mitteln fortgesetzt werden. Wie das Ergebnis sein wird, wird wohl bis zur letzten Minute vor der Entscheidung zweifelhaft bleiben. Aller Voraussicht nach wird es wie bei der Vereingesehnovelle, der sogenannten Kleinen Umsturzvorlage, schließlich an ganz wenigen Stimmen hängen, und es läßt sich natürlich nicht vorausberechnen, wieviele Abgeordnete vor der entscheidenden Abstimmung gerade erkranken oder verreisen müssen. Jedenfalls hält die Regierung an ihrem zuverlässigen Glauben fest, daß eine kleine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht herauspringen wird.

Ob sich ihre Erwartungen erfüllen, muß sich nun in kurzer Frist zeigen. Knapp wird das Resultat in jedem Falle sein, und mit vollständiger Sicherheit kann niemand vorhersagen, wo bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum ein halbes Duzend Stimmen Ueberschuß sein wird. Die Möglichkeit einer Landtagsauflösung und eines darauf folgenden Wahlkampfes muß jedenfalls in allem Ernst ins Auge gefaßt werden. Diese Wahlschlacht wäre für die Wahlrechtsfreunde nicht leicht; denn ihre besten Kämpfer stehen im Felde, und die Kriegsgewinnler sind alle zu Hause. Trotzdem müßte es möglich sein, auch unter dem Dreiflassenwahlrecht auf das provokatorische Treiben der Feinde des gleichen Staatsbürgerrechts mit dem Stimmzettel die gebührende Antwort zu geben. Dafür gilt es beizeiten zu rüsten, um zur Entscheidungsbilddung im Preussens Zukunft bereit zu sein. Mit der großen Schlacht im Westen muß dann eine große Schlacht gegen Ostpreußen hergehen.

Preßstimmen über die Ablehnung des gleichen Wahlrechts.

Ueber die Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Verfassungsausschuß des Preussischen Abgeordnetenhauses schreibt Abg. Hoff im „Berliner Tageblatt“:

Fällt das gleiche Wahlrecht im Abgeordnetenhaus, so bleibt für eine selbst- und zielbewußte Regierung nur die Möglichkeit, sofort den hingeworfenen Handstreich aufzunehmen und an die Wählerschaft zu appellieren. Jedes Zögern, jedes Schwanken auf diesem Gebiete müßte von den verhängnisvollsten Folgen sein. Das Vertrauen auf den ernsten Willen der Regierung würde erschüttert. Die Wahlrechtsgegner würden neuen Mut fassen, der freisinnige Zweifel aber könnte im Volke Empfindungen hervorrufen, die in diesem Augenblicke mehr denn je unerträglich sein würden.

Nach der festen Haltung, welche die verantwortlichen Männer in Preußen und im Reiches erfreulicherweise in der preussischen Wahlrechtsfrage eingenommen haben, ist es wohl nicht zweifelhaft, daß sie bereit und entschlossen sind, sofort und ohne Zögern von den ihnen zustehenden verfassungsmäßigen Mitteln Gebrauch zu machen. Nachdem man sich unter dem Druck eines langen, allzu langen Krieges entschlossen hat, die Wahlrechtsvorlage während des Krieges einzuführen, wird man auch vor der Konsequenz einer Auflösung und Neuwahl des Abgeordnetenhauses während der Kriegszeit nicht zurückschrecken können.

Die „Vossische Zeitung“ sagt:

So falsch es wäre, die erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts als endgültige Tatsache zu betrachten und zu bewerten, so wenig ist es am Platze, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die nach zu überwinden sind. Es liegt deshalb der Grund vor, mit ganz besonderer Schärfe die Verantwortlichkeit der nationalliberalen Fraktion zu unterstreichen. Ein Zustand, der in unserem Parteileben kaum seinesgleichen hat, daß ungefähr die Hälfte der parlamentarischen Vertretung in einer Lebensfrage der Nation genau das Gegenteil tut, was die übergroße Mehrheit der organisierten Parteigenossen und ihres Organs, des Zentralvorstandes, als eine unbedingte vaterländische und parteipolitische Notwendigkeit ansieht. Diese Haltung des rechten Flügels der nationalliberalen Fraktion führt dazu, daß ihre Stimmen sich jetzt gegenseitig neutralisieren. Es ist als wäre die nationalliberale Partei in der Kommission überhaupt nicht vertreten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Ende der Außerordentlichen Beratung.

Der Verfassungsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses ist am Sonnabend mit seiner Arbeit zu Ende gekommen. Es wurde die zweite Lesung der Vorlage vorgenommen, welche die verfassungsmäßigen Befugnisse der beiden Kammern behandelt. Die Fortschrittler begründeten einen Antrag, wonach der König auch die Erste Kammer auflösen könne. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler, des Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitt ein Zentrumsantrag, wonach bei Meinungsverschiedenheiten der beiden Kammern über Statpositionen einer vereinigten Sitzung beider Kammern die Abstimmung übertragen werden sollte. Unter Abänderung der Beschlüsse erster Lesung wurde bestimmt, daß sich zu Wahlprotesten mindestens zehn Wähler vereinigen müssen. Die Wahlprüfung soll durch das Oberverwaltungsgericht erfolgen. Ein fortschrittlicher Antrag, auch die Prüfung der Rechenhaftsvorlagen diesem Gericht zu unterwerfen, wurde abgelehnt. Nachdem das Zentrum erfolglos einen Antrag wiederholt hatte, wodurch die Rechte der Kirche und der konfessionelle Charakter der Volksschule dem Schutze einer Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern zu unterstellen sei, wehrte sich der Sozialdemokrat dagegen, daß die Rechte des Hauses von vornherein irgendwie gekürzt werden.

Nach Annahme des Zuständigkeitsgesetzes und des Mantelgesetzes wurde der Vorschlag beschlossen, die zweite Lesung im Plenum möglichst am Dienstag, 30. April, zu beginnen zu lassen. Sie soll bis Himmelfahrt beendet sein und bis Pfingsten auch die dritte Lesung, so daß die durch die Verfassung geforderte wiederholte Abstimmung nach Pfingsten stattfinden kann.

Handel und Wandel.

Von F. W. Sadländer.

(Schluß.)

„Jetzt geht, Kinder.“ sagte nach einer langen Pause die Prinzipalin, jetzt unsere Mutter; „geht, es ist spät, und ich fühle mich sehr ergriffen. Du, Emma, wach schon heute nacht die Zimmer neben mir beziehen, und du.“ sagte die Prinzipalin zu mir und fügte lächelnd hinzu, indem sie auf Emma zeigte: „steht Er, Er ist durch sie nun „du“ gekommen — du gehst auf dein Zimmer und morgen sprechen wir weiter.“ Ich begab mich voll Glück und Seligkeit hinweg, und da es mir als ganz notwendig erschien, daß Emma von ihrem Zimmer noch einiges ganz Notwendiges holen mußte, so wartete ich auf der Treppe auf meine kleine Geliebte. Vor zwei Stunden stand ich ebenfalls hier, aber mit welcher ganz anderen Gefühlen, in welcher ganz anderer Lage! Endlich kam Emma, und ich muß gestehen, daß der lange, lange Aufenthalt ich jetzt bekam, andere Empfindungen erweckte als die Küsse, welche früher dem Wetter bewilligt wurden.

Am andern Morgen verließ der Buchhalter das Haus, nicht ohne daß vorher der Pfarrer Sproker den Verzicht gemacht hätte, zugunsten seines Glaubensgenossen den Entschluß der Madame Stieglitz unzustimmen; doch dauerte die Unterredung, die der Geistliche deswegen mit ihr hatte, nur sehr kurze Zeit; er kam mit einem sehr langen Gesicht, von welchem die gewöhnliche Sicherheit und das ewige lächelnde Behagen gewichen war. Er verhielt seine Haupt auf er mich sah, und machte vor der Haustür eine Bewegung, als schüttele er den Staub von den Füßen. Sein Reich in diesem Hause war zu Ende. Den Herrn Specht aber sah ich nie wieder.

Der Doktor freute sich innigst und herzlichst über mein Glück und hatte noch an demselben Tage eine lange Unterredung mit der Prinzipalin, deren Resultat war, daß ich, mit Empfehlungsbriefen und Kreditbriefen wohlausgerüstet, ein Jahr lang die Seidenfabriken Südschweiz besuchen sollte, mittlerweile aber wollte die Prinzipalin das Ladengeschäft verkaufen und die daraus zu erhaltenden Fonds sollten nach meiner Rückkehr zur Vergrößerung des Fabrikgeschäfts benutzt werden. Die Nutzung ihres ansehnlichen Privatvermögens, das in Staatsobligationen und sonst angelegt war, behielt sich Madame Stieglitz bis zu ihrem Tode vor; doch trat sie auch für den Fall ihre Verfügungen, und der Doktor, der als Testamentserbe zugegen war, sagte nachher: „Ich verleihe Sie, Sie haben ein unerdientes Glück.“

Die gute, alte Frau hatte Emma und mich zu ihren Erben angeordnet unter zwei Bedingungen: die eine war, daß die Fonds des Hauses Stieglitz und Komp. in Amsterdam ihrem dortigen Betreuer verblieben, und die andere war, daß wir erst in den Besitz des übrigen Vermögens kommen sollten, wenn ich das Fabrikgeschäft, das sie mir übergeben, durch Fleiß und Umsticht zu einer gewissen Höhe gebracht haben würde. Unverdiente Unglücksfälle wurden mir nicht anzurechnen; doch wurde dies Geschäft durch den Verkauf des beträchtlichen Ladengeschäfts schon so dotiert, daß wohl dies als die alleinige Ursache anzusehen ist, weshalb es in einigen Jahren eines der besten und glänzendsten wurde. Bald darauf reiste ich meiner neuen Bestimmung entgegen. Es war ein klarer kalter Winterabend, und nachdem ich zu Haus

einen herzlichen, aber schweren Abschied sowohl von meiner zweiten Mutter wie von Emma genommen, ging ich in Begleitung des Doktors auf die Post. Vorher aber nahm ich bei Stieglitz die zahlreichen Grüße in Empfang, welche sie mir für sämtliche Familienmitglieder, die ich der Reihe nach besuchen sollte, mitgab. Der junge Herr Bloß ließ sich nicht nehmen, meine Geldtasche zu tragen, und bald stand ich wieder auf dem Wirthshaus, wie an jenem unvergeßlichen Abend, und reiste mit demselben Citwagen ab, den damals der liebe, alte, höfliche Herr mit der grauen Reife- mütze bestieg. Der Doktor handigte mir eine kleine Summe ein und bat mich, damit einige seiner kleinen Schulden in 24 bezahlten. „Vergessen Sie nicht“, sagte er lachend, „meine Hauswirthin zu besuchen und sehen Sie nach, ob die Freskogeimäde auf meinem Zimmer noch existieren. Apropos! grüßen Sie Jungfer Barbara, jetzige Madame Philipp, und wenn mein Skelet zufällig noch in ihrem Besitz sein sollte, so kaufen Sie es ihr um jeden Preis ab. Auf baldiges fröhliches Wiedersehen!“

Der Wagen eilte davon, und bei Tagesanbruch war ich noch eine kleine Stunde von der Mühle entfernt. Beinahe um dieselbe Stunde wie damals stand ich wieder beim alten Kreuz, und so leicht und hell wie meine Zukunft; so war auch heute meine Aussicht auf das Tal unter mir; da wagte kein trüber Nebel, und alles war mit des Winters Festfied, dem weißen Schnee, ausgeputzt. Die kahlen Aeste der Bäume und Sträucher ließen mich tief unten die freundliche Mühle sehen, ferngerade stieg aus dem Schornstein der blaue Rauch und wurde vergebelt durch den ersten Strahl der Morgenröthe, der über die Berge brach. Das Wasser rauschte über das angeschwollene Wehr, das Mühlrad lief lustig und geschwind herum, als wollte es sich in der Kälte warm machen; und zerbrach dabei die kostbaren, schön geforneten Eiszapfen, die sich über Nacht angehängt hatten, und stäubte sie in tausend funkelnnden Brillanten in die klare Luft.

Jetzt hatte ich das Gehege erreicht, das den Hof umschloß; jetzt erblickte mich der Baas, der eben im Begriffe war, den schweren Kappen in seinen Schritten zu spannen. Alles war wohl laut und freute sich, mich wiederzusehen; ich mußte der Müllerin von ihrer Tochter, der Doktorin, erzählen und tat es auch zu ihrer größten Befriedigung. Elisabeth war noch unverheiratet, Kaspar dagegen hatte sich noch ein paar dicke Kinder zugelegt, und den guten Franz konnte ich leider nicht sehen, da er über See war. Nach einer Stunde verließ ich mit dem Betier auf dessen Schritten die Mühle wieder, und auf der glatten Schneebahn fogen wir pfeilschnell gegen B. An all den Orten kam ich vorbei, wo ich damals mit dem Doktor Burbus gerastet; in dem Wirthshaus, wo er die Gendarmerie geneßt, hielten wir eine halbe Stunde an. Wenige Stunden darauf erreichten wir die Stadt, und mit einem brechenden Nachts trat ich in das Zimmer meiner Großmutter.

Die Freude der alten Frau war unbeschreiblich, als ich ihr, so stilllich angelan, unter die Augen trat; sie feste die Brille des alten Generals auf die Nase, und nachdem sie mich von allen Seiten betrachtet, wurde ich der großen Ehre teilhaftig, eine Priese aus der goldenen Dose der verstorbenen Gräfin nehmen zu dürfen. Wir plauderten über dies und das; ich erzählte unter anderem, daß die Hauswirthin des Vormundes vor einigen Tagen gestorben, und daß die älteste Tochter sich nächstens verheirathen werde. Die

alte Käse der Großmutter hatte ebenfalls das Zeitliche gesegnet, sowie auch der Schuster im Hinterhause — seine Witwe reiste das Geschäft fort.

Ein lautes Schluchzen vor der Tür verkündigte mir die Ankunft der Schmiedin. „Wo ist das Kind?“ sagte die gute Person, und als ich ihr entgegentrat und die Hand gab, ließen ihr die heißen Tränen über die alten, eingefallenen Waden. Ich mußte meine Schicksale umständlich erzählen, und das dauerte bis tief in die Nacht.

Am andern Morgen steckte ich eine Zigarre an und besuchte, mit festem Gefühlen die Orte, wo ich während meines stiefeligen Aufenthaltes Leid und Freud genossen; dort war die Straße, wo ich meine geliebte Emma zum erstenmal gesehen, jetzt betrat ich mit kloppendem Herzen die Straße, wo das Reichthümliche Haus stand.

In der Wohnung des Doktors war man vergnügt über die paar Taler, die ich in seinem Namen bezahlte; sein Zimmer mochte ich nicht sehen, es sei nun geweiht und frisch herausgeräumt, sagte die Wirthin. Vor dem Zwischensraum der beiden Häuser blickte ich einen Augenblick stehen; ich sah die beiden Fensteröffnungen, welche wir durch die Bretterplanke verbunden hatten. Dieser Winkel hatte sich in seiner grauen Trübseligkeit in gar nichts geändert; unten lagen große Haufen Koth, an den Seiten flatterten, wie damals, die Schwärze zum Wäghetraden. Wie war, als sei meine Thüre aus dem Reichthümlichen Hause erst gestern vor sich gegangen; dort hing auch die bewußte Laterne, auf deren Deckel lag eine zerstückte Schmeckkappe. Auch an dem Reichthümlichen Hause hatte sich gar nichts geändert; vor der Tür wandte der getrocknete Stock hin und her, da standen die Käser mit Mehl, und Butter und neben ihnen der alte jenerne Kriegshelm, an seiner langen Nase hing ein schwerer Eiszapfen. Ich trat in den Laden, da lag Philipp, jetzt der Prinzipal, auf dem Stuhle des seligen Herrn Reichthümlich. Es war noch dieselbe trübstele Gestalt, doch hatte er sich eine Brille zugelegt; er erkannte mich nicht wieder, und als ich Zigarren verlangte, rief er mit geschäftig vernehmlichen Mätern. Als ich darauf meinen Namen nannte, riefte er die Brille in die Höhe und seine Augen überflog ein melancholisches Lächeln; das Wiedersehen machte aber wenig Eindruck auf ihn, er sagte, seine Frau sei abwesend, und ich empfahl mich bald wieder.

So habe ich denn auch das hinter mir, ich nahm einen herzlichen Abschied von der Großmutter, sowie von der Schmiedin und meiner Tante, und mittags lag ich im Ruppe des Citwegens; vor mir trabten die vier Pferde lustig auf dem gestrohten, reinhalten Boden, und ich nahm für kurze Zeit Abschied von der heimathlichen Erde, wie ich auch jetzt von dir, geliebter Leser, einen freundlichen Abschied nehme.

Wenn übrigens die kleinen Abenteuer meines Lebens so sehr interessieren, daß er erfahren möchte, ob ich auch von meiner Reise nach Südschweiz glücklich heimgekehrt sei, den will ich anvertrauen, daß in diesem Augenblicke Emma, meine Frau, ins Zimmer tritt — es ist Abend, die große Lampe brennt und das Kammerfeuer knistert — und mich erzählt, endlich einmal die lange Geschichte vom „Handel und Wandel“, die ich in meinen Freistunden, wenn Biogammer und Kontor geschlossen sind, wiederholt, zu beenden, was denn auch hiermit geschieht.

Ernährungsfragen.

Ungeführte „patriotische“ Landwirte.

Im Herbst und Winter 1917 fiel es, so wird vom Oberreihen berichtet, auf das Speierleben, insbesondere Rot- und Gelbrüben, auf dem Markt fast vollständig fehlten. Landwirte und Großhändler hatten große Vorteile eingemietet, weil sie auf hohe Rubenpreise im Frühjahr und Frühsommer hofften. Die Spekulation ging fehl. Die große Mehrzahl der Verbraucher hatte sich mit Kartoffeln hinreichend eingedeckt und verzichtete auf den Rubenkauf. Es herrschte deshalb ein Ueberangebot an Gelbrüben und Rotrüben, was ein fortwährendes Sinken der Preise zur Folge hat. Auf dem Lande werden jetzt Gelbrüben zu 8—10 Pf. das Pfund angeboten, finden aber keinen Abzug, weil die Rüben bekanntlich mit Eintritt des Frühlingslafttriebes der Pflanze heilig und ungenießbar werden. Laufen die von Penzance Gelbrüben bleiben unverkauft und faulen in den Aekern. Den Schaden hat der Erzeuger.

Dieses Kapitel ist wieder ein Beweis dafür, daß der Anbau von eingeführt werden muß, damit das Land in solchen Fällen anderen dringenden Zwecken der Volksernährung dienlich gemacht werden kann.

Streikandrohung der Zuckerrübenbauer.

Da das Kriegsernährungsamt den Preis für Zuckerrüben „nur“ von 80—90 Pfg. im Frieden auf 3 Mk. in diesem Jahre erhöht hat, prophezeien die Zuckerrübeninteressenten eine Zuckerkatastrophe, weil jede andere Feldfrucht höhere geldliche Erträge verspricht als die Zuckerrübe. Es versteht sich von selbst, daß die Zuckerkultivatoren vom Herbst 1918 an erheblich eingeschränkt werden müßte. Die Verbraucher haben ein Recht zu erfahren, welche Schritte die verantwortlichen Stellen unternehmen wollen, um dieser Drohung wirksam zu begegnen. Es darf unter keinen Umständen dahin kommen, daß die Volksernährung noch mehr herabgedrückt wird und obendrein darf man den Verbrauchern eine abermalige Verbeugung des Zuckers zumuten. Es ist durchaus nicht gleichgültig, wie vor einiger Zeit die „Tägliche Rundschau“ meinte, ob der Zucker mit 60 oder 70 Pfg. statt mit 40 Pfg. bezahlt werden muß. Eine abermalige Heraushebung der Preise würde auch schon deshalb nicht verstanden werden, weil die Zuckerrüben nach den bisher bekannt gewordenen Verhältnissen nicht nur gut abgeschnitten haben, sondern sogar recht stattliche Gewinne machten.

Für unsere Feldgrauen.

Die Entlassung der Landsturmlente des Jahrgangs 1869.

Wie das „Armeeverordnungsblatt“ mitteilt, sind die nach dem Erlaß vom 1. April 1918 zu entlassenden Landsturmlente des Feldheeres, die sich zurzeit als Beurlaubte usw. in der Heimat aufhalten, von der Verpflichtung zur Rückkehr in ihre Feldstellen usw. entbunden und haben sich bei den zuständigen Ersatzformationen zwecks Entlassung einzufinden. Letztere sind grundsätzlich auch für die Entlassung der im Felde befindlichen Landsturmlente zuständig.

Aus Nah und Fern.

Wie gemeldet wird, in einer landwirtschaftlichen Versammlung wurde, wie die „Münchener Post“ mitteilt, nach aufmerksamem Feststellen der Sachverhalte, daß von 2000 Kriegsgesangenen des Bezirks Deggendorf innerhalb zwei Jahre 480 Zentner Butter und Schmalz sowie 720 000 Eier gesammelt wurden. Nach Gefährdungen von Gefangenen wurden für ein Ei bis zu 60 Pfg., für ein Pfund Fett bis zu 7 Mk. bezahlt. Unter diesen Umständen begriff man, daß für die Versorgung der Städte fast nichts mehr übrig bleibt.

Durch eine Feuersbrunst wurde, dem „B. L.“ zufolge, in Straß und die fünf Stockwerke umfassende Pommerische Eisengießerei und Maschinenfabrik vollständig eingeeicht. Die Gebäude sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt, auch mehrere Nachbarhäuser wurden in Schutt und Asche gelegt. Beim Einsturz der Mauer wurden mehrere Arbeiter lebensgefährlich verletzt. Der Schaden beträgt mehrere Millionen.

22 Mark für ein Hund. Dieser Tage bekam ein Nürnberger Geschäftsmann von einer ansehnlichen Frau einen größeren Posten Hundekacke (Hagen, Biber, noch halbbare Ware) angeliefert. Aber die Feder sträubt sich, den Preis niederzuschreiben, der dafür gefordert wird. Will der Geschäftsmann auf seine Rechnung kommen, so müßte er das Meter dieses Stoffes um 15 Mk. verkaufen. Demnach würde ein Hund aus diesem Stoff für eine erwachsene Person bei 2% Meter Stoffverbrauch auf etwa 40 bis 42 Mk. zu stehen kommen. Es gibt demnach noch sehr viele große und kleine „Dankler“ in Deutschland, die, wenn sie auch nicht gerade Motoren fabrizieren, recht gut wissen, wie sie ihren Kunden füttern müssen. Anstatt diesen Herrschaften das unsäuberere Handwerk zu legen, beschämt man sich meist darauf, auf die „hohen“ Arbeitslöhne zu schimpfen.

Hausbesitzer und Wohnungsgenoss. Ein großes Schlaglicht auf die bestehende und sich noch verschärfende Wohnungsnot wirft die folgende Anzeige, die dieser Tage in einer Lichtersfelder Ortszeitung zu lesen war:

Nachdem wir mit unzeren vier Kindern, obwohl wir uns bereit erklärt hätten, jede Mieterhöhung zu bemilligen, ausgemietet worden sind, ist es uns nicht möglich, unsere Kinderzahl wegen einer Wohnung zu finden. Wir bitten patriotisch und vornehm denkende Mitbürger um Mietsangebote von 3-Zimmerwohnungen zum 1. Oktober 18 oder früher.

Der Appell an den Patriotismus scheint uns allerdings recht nutzlos zu sein, weil die Hauseigentümer den Besitz von Kindern bei den Mietern überhaupt für unpatriotisch und den Besitz vieler Kinder sogar für unpatriotisch halten. Wenn aber die Wohnungsnot schon in Kreisen sich sichtbar macht, die sie eine fünfzimmer-Wohnung leisten können, dann läßt dies einen Schluß zu, wie es in dieser Beziehung erst in den minder bemittelten Schichten aussehen muß.

Ein großer Javelindieb ist in Budapest verhaftet worden. Dort ist er erst 17 Jahre alt, bei dem Grafen Stöck in Stellung befindliche Dienstmagd für 104 000 Kronen Schmuckfahnen. Man nimmt an, daß sie sich nach Berlin gewandt hat. Auf die Wiederbeschaffung des Schmucks ist eine Belohnung von 5000 Mk. ausgesetzt worden.

Wohnt nach einer Hausjüngling? In Sarnstedt bei Hannover wurde am 12. April in einer Kiesgrube die Leiche des Gewandermachers Meisters Hartmann verfaßelt aufgefunden. Unter dem dringenden Verdacht des Mordes wurde das Arbeiterpaar H. u. S. verhaftet, bei denen der Ermordete am Tage vorher eine Hausjüngling vorgenommen hatte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Jagd der bis jetzt erzielten Vertreter in Paris und Bonn gehen die Blätter auf 150 an. Sie gestehen zu, daß die Geschützgröße eine Steigerung erfuhr. Die bisher wenig geschädigten südlichen Pariser Stadtteile haben jetzt auch besonders stark gelitten.

Ein Luftangriff auf Paris und London.

Nach einer amtlichen Havas-Meldung aus Paris überflogen deutsche Flugzeuge in südlicher Richtung die französische Linie. Zwei versuchten die Gegend von Paris zu erreichen und einige Bomben abzuwerfen. Um 10 Uhr 10 Minuten wurde das Signal gegeben, um 10 Uhr 40 Minuten war der Alarm zu Ende. Die Zahl der Opfer ist noch nicht ermittelt.

Nach einer späteren Meldung hat der Angriff 26 Tote und 72 Verwundete gefordert. Bei einem Luftangriff auf London sind 5 Personen getötet und 15 verletzt worden.

Luftangriff auf Mittelengland.

W.B. Berlin, 14. April. (Amlich.) In der Nacht vom 12. zum 13. April griff Fregattenkapitän Straker mit einem unserer Marineflugzeuggeschwader wichtige Stapel-, Herstellungs- und Beschäftigungsplätze der Industrie Mittel-Englands an. Besondere Aufmerksamkeit wurde Birmingham, Nottingham, Sheffield, Leeds, Hull und Grimsby. Trotz außerordentlich starker artilleristischer Gegenwehr und Flugzeugverfolgung sind alle Luftschiffe wohlbehalten zurückgekehrt. In dem Erfolg haben besonderen Anteil die Luftschiffkommandanten Hauptmann Manger, Kapitänleutnant Ehrlich (Herbert), n. Freudenreich und Fleming und Korvettenkapitän Arnold Schüke mit ihren tapferen Besatzungen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Österreichische Schiffe im Hafen von Odessa.

Aus dem Wiener Kriegspremierquartier wird gemeldet: Die Flottenabteilung Wulff, bestehend aus 4 Monitoren, 2 Patrouillenbooten und 2 Dampfern, ist am 12. April nachmittags in Odessa eingelaufen. Die tadellose Durchführung dieser Ueberfahrt bedeutet um so mehr eine besondere maritime Leistung, als es sich hier durchweg um kleine Schiffseinheiten handelt, die nicht für den Seeservice gebaut wurden. Keines der Fahrzeuge hat über 500 Tonnen — und als gerade das Schwarze Meer navigationsmäßig, besonders zur jetzigen Jahreszeit, ein sehr schwieriges Gewässer darstellt. Die genannten Einheiten sind bestimmt, als Repräsentanten der Flotten der Mittelmächte im Hafen von Odessa und in den angrenzenden Stromgebieten an der Aufrechterhaltung eines geregelten Schiffsverkehrs mitzuwirken.

Der Krieg auf den Meeren.

W.B. Berlin, 13. April. (Amlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote 23 000 Brutto-Registertonnen feindlichen Handelschiffstransports vernichtet.

Schwer betroffen wurde durch die Seelenkung wiederum der Transportverkehr im Kanal zwischen der französischen und englischen Küste. Zwei 6000 Brutto-Registertonnen große, tief beladene Dampfer wurden dort in gut durchgeführten Angriffen beiarker feindlicher Gegenwirkung aus Geleitzügen herausgeschossen. Ein 5000 Brutto-Registertonnen großer Tankdampfer, der durch Zerstörer gesichert war, wurde an der englischen Westküste versenkt. In den Erfolgen hat der Kapitänleutnant Kamm den Hauptanteil.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 14. April. (Amlich.) Neue U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 15 000 Brutto-Registertonnen. Zwei Dampfer wurden in hartnäckiger Verfolgung aus demselben großen, durch Kreuzer, Zerstörer und Flugzeuge stark gesichertem Geleitzuge herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein deutsches U-Boot vor Liberia.

Reiter meldet aus Washington: Das Staatsdepartement hat Bericht erhalten, daß ein deutsches Tauchboot vom größten Typ am 10. April auf der Höhe von Monrovia in Liberia auftraf und die drahtlose Telegraphenstation besaß, wodurch großer Schaden angedacht wurde. Danach richtete das Tauchboot sein Geschütz auf die Kabelstation.

Kleine Nachrichten.

Eine tschechische Demonstration fand am Sonnabend in Prag unter starker Beteiligung der tschechischen parlamentarischen und der Bevölkerung statt. Die Menge brachte Hochrufe auf Wilson und die Engländer und Schwärze gegen Czernin und die Deutschen aus.

Die Kämpfe in Palästina haben wieder erneut großen Umfang angenommen; die Engländer griffen an, wurden jedoch abgewiesen.

Der zum russischen Botschafter in Berlin ernannte ehemalige Teilnehmer an der Friedenskonferenz, Soffie, ist derzeit ernstlich erkrankt, das es zweifelhaft erscheint, ob er seinen Posten übernehmen kann.

Wie es in der Ukraine aussieht.

In dem Bericht eines Sonderberichterstatters der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ — dem Organ des Reichstagslers! — aus Kiew vom 20. März lesen wir: „Wovon leben hier die armen Leute? Es gibt doch auch hier eine Menge Menschen, die nicht einen Rubel für ein Maß Brot von 400 Grammen ausgeben können und keine acht Rubel für eine Portion Schweinskotlett. Ich sah Leute in langen Holozünnen geblüht frost und Wind vor den kahlköpfigen Brotverkaufern stehen, ihre Brotkarte in der Tasche, und wenige Schritte vor ihnen hält eine hiedere Frau im Korbeschen appetitlich aussehendes Weiß- und Schwarzbrot feil, nämlich zu gepfefferten Preisen. Frage ich meine alten Bekannten: Wovon leben die armen Leute? — so erhalte ich die lakonische Antwort: Sie hängen sich ja durch.“ Dabei haben Wohlstandesorganisationen ihre Tätigkeit aus Mangel an Mitteln eingestellt, denn die Spender sind es „überdrüssig“ geworden, bald vier Jahre hindurch zu zahlen. Werde ich auch nach so hartnäckig im Fragen, die Antworten meines Gegenübers bleiben völlig unverständlich. — Wenn früher der deutsche Durchreisende in Russland in die Volksseele eindringen wollte, so unterließ er sich mit keinem Zwischensatz, der ihn in behaglichem Trab für billiges Geld von einem Ende der Stadt zum andern fuhr. Jetzt ist dieser Weg so gut wie gesperrt, denn meistens fährt man nicht mehr mit der Droschke, da die geringste Entfernung in der Stadt mindestens 2 bis 3 Rubel kostet, und dann ist der hiedere Kapseler jetzt nicht mehr die „Volksseele“. Mein Hotelportier nennt ihn sogar „Dachau“, da weniger 30 bis 20 Rubel täglich vereinsamt. „Zur Volksseele“ dringe ich schon eher, wenn ich den Kellner frage, der mit die flache Kiewer Bier zu 2% Rubel kauft.

Also so sieht es in dem Lande aus, nach dem man uns erzieht, daß es gar nicht recht wisse, was es mit dem Ueberfluß an Lebensmitteln angingen soll. . . .

Man erhebt ein wahlrechtsgegnerischer Nationalliberaler scharfen Protest gegen den „Vorwärts“-Artikel vom Sonnabend, der von den unglaublichen Behauptungen und Beschimpfungen strotzt. Wenn das die Neuorientierung sein sollte, so danke er dafür.

Der Sozialdemokrat erwiderte, daß der Artikel nur die Stimmung wiedergebe, wie sie in den weitesten Kreisen des Volkes durch die abermalige Ablehnung des gleichen Wahlrechts hervorgerufen worden sei. Das tut der Artikel in durchaus zutreffender Weise. Wie man in der Welt hineinzuse, so schallt es wieder heraus. Die starke Erregung des Volkes schon nach der ersten Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Ausschuss sei eine nicht zu übersehende Tatsache.

Ein Konservativer hat von dieser Erregung nichts bemerkt. Sollte sie wirklich irgendwas bestehen, so sei sie von der Sozialdemokratie künstlich erzeugt. Im übrigen sehe man an dem „Vorwärts“-Artikel wieder, was Bethmann durch die Aufstellung der Wahlrechtsfrage mitten im Kriege angerichtet habe. Angesichts der Vorgänge an der Westfront sei der Artikel des „Vorwärts“ „Vandalos“.

Der Sozialdemokrat dagegen nannte die Verweigerung des gleichen Wahlrechts gegenüber diesen Kämpfen „Kanalas“, nicht aber sei das die berechnete Politik daran.

Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit dem tiefsten Bedauern darüber, daß die so harmonisch verlaufenen Verhandlungen mit einer so schneidenden Dissonanz geendet hätten.

Von einer dritten Kandidatur im 18. jährl. Wahlkreise. Legt dieses — Inzerat in dem nationalliberalen „Werbauer Tageblatt“ Zeugnis ab:

Von dem Nationalbunde der mittleren Stände und dem Freien Handelsverbande wird Herr Kaufmann Peter Braun in Chemnitz als Reichstagskandidat im Wahlkreise Jmidan aufgestellt. Herren, die als Vertrauensmänner tätig sein wollen, werden gebeten, sich freundlichst bald zu melden, da am 18. Mai Wahl. Zuschriften an: Max Schubert, Fabrikbesitzer, Chemnitz, oder Peter Braun, Kaufmann, Chemnitz.

Vor Jahren hat einmal ein Peter Braun in Parteirektionen Gastrollen gegeben. Er hat bei dieser anstrengenden Arbeit nicht lange ausgehalten. Ob er es ist, der jetzt der Partei eines ihrer am wenigsten bestrittenen Mandate abgeben will, wissen wir nicht. Möglich wäre es immerhin, daß dieser ehemalige Redakteur seinen Beruf zur Politik nicht entdeckt hat.

Was der Krieg bringt.

Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Aus Bern wird amtlich gemeldet: Die Verhandlungen zwischen den Delegierten der deutschen Regierung und denen des Bundesrats über den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens für die Zeit nach dem 30. April nehmen ihren Fortgang. Von deutscher Seite wird die Erhöhung des Kohlenpreises von 90 auf 180 Franken für die Tonne verlangt, wogegen die nach dem bestehenden Abkommen gewährten Kredite wegfallen würden. Der zweite wichtige Punkt betrifft die Schaffung einer neuen Kontrollorganisation. Die deutschen Delegierten verlangen, daß auch zugunsten der Schweiz eine ähnliche Kontrollorganisation eingeführt werde, (wie die der S. S. es ist), und daß diese neue Kontrollorganisation mit dem gleichen Besitztum und Rechten ausgestattet werde, wie die der S. S. In Verbindung damit werden weitere materielle Beschränkungen in Bezug auf die Ausfuhr industrieller Produkte verlangt. — Die deutschseits gemachten Forderungen sind für die Schweiz von größter Tragweite; sie werden eingehend geprüft. Eine materielle Entschädigung ist noch nicht gefast. Der Bundesrat erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, eine gewisse Erhöhung des Kohlenpreises zuzugeben. Er erklärte sich bereit, die Schaffung einer Kontrollorganisation nach dem Muster der S. S. zu diskutieren, da er fand, daß gegenüber den Zentralmächten nicht abgelehnt werden könne, was während der hiesigen Kriegsjahre Partei zugestanden wurde. Das Schwerkgewicht liegt jedoch nicht in der Schaffung einer Kontrollorganisation als solcher, sondern in der in Frage stehenden Beschränkungen für die Verwendung der eingeführten Produkte. In dieser Beziehung erfolgte noch keine Klärung.

Holland führt die Zivilienpflicht ein.

Das Korrespondenzbureau im Haag teilt mit: Es ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, wodurch für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse die bürgerliche Dienstpflicht eingeführt werden soll. Der Zweck dieser Maßnahme ist, der Regierung für den Fall eines Krieges die Verfügung über vorhandene Kräfte zu jeder bürgerlichen Tätigkeit zu geben. Außerdem gibt sie bereits jetzt der Regierung die Verfügung, alle Personen, deren Tätigkeit im Landesinteresse nicht unterbrochen werden darf, zu zwingen, ihre Arbeit ohne Rücksicht auf Beschwerden oder Meinungsverschiedenheiten fortzusetzen.

Nach einer Rotterdammer Meldung scheint die Verhinderung des Generalstreiks im ganzen Land bevorzustehen.

Bei den Unruhen im Haag schoß das Militär scharf und tötete einen Belgier und ein junges Mädchen; 40—50 Personen wurden verwundet.

Die Einbeziehung Irlands

In die Verapflicht wurde vom Unterhaus mit 261 gegen 116 Stimmen beschlossen. Ein früher Antrag, bei die Dienstpflicht für Irland von der Genehmigung durch ein irisches Parlament abhängig machen soll, wurde mit 230 gegen 103 Stimmen abgelehnt. An der Debatte hatte Henderson auf die Gefahren der Regierungspolitik hingewiesen. Wenn es nicht möglich ist, den Einmarsch zurückzuführen, müsse die Regierung die Verhinderung geben, daß er nicht in Anwendung kommen werde. Der die Homage eingeführt ist. Asquith unterbreitete dieses Ansuchen, erklärte aber, angesichts der drohenden Lage für die Einbeziehung Irlands immer zu müssen. Der Irenpartei Devlin sprach sich gegen die Verlage aus und bejahrte die von ihm erwähnten irischen Kräfte. Doch der Kommissar demgegenüber auf die 15 blühende Gefahr, die das Land bedrohe; er brauche Mannschaften.

In dieser Debatte erhebt man, wie sehr es auch das Opfer an der Regierung.

Reisigung von Paris.

Amlich wird aus Paris gemeldet: Der verurteilte Schuldige Reichstagskandidat des Pariser Gebietes, der am 20. April keine Rede hielt.